

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): J. B. Schmidt, Magdeburg. Verantwortlich für Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Heßig, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eing. Schrotbohrerstr.). Fernsprecher 1867.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mt. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Reichsband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mt., 2 Exempl. 2.90 Mt. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mt., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mt. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anzeigengebühren: die fünfspaltige Zeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7779

Nr. 192.

Magdeburg, Freitag, den 18. August 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Der Mittelland-Kanal.

Erster Verhandlungstag.

Berlin, 17. August 1899.

Die Ungewißheit über die weite Kreise des deutschen Volkes interessierende Angelegenheit wird noch eine geraume Zeit andauern — das ist nach Ansicht der Magdeburger Zeitung das Ergebnis der heutigen Beratung. Und diesem Urteile müssen wir uns vollkommen anschließen. Die Situation ist verworrener denn je. Schon das Neufere des großen Sitzungssaales wies darauf hin, daß eine Entscheidung von höchster Bedeutung für die Entwicklung des Landes bevorsteht. Ein so stark besetztes Haus ist nur bei sehr seltenen Anlässen vorhanden gewesen, die Bänke des Saales wiesen nur sehr vereinzelte Plätze auf; die Tribünen waren fast überfüllt, während draußen in den Vorräumen noch zahlreiche Personen warteten, die durch einen gefälligen Abgeordneten eine Eintrittskarte zu erlangen hofften. In den Wandelgängen des Hauses herrschte ein ungewöhnlich reges Leben und Treiben; die Gespräche drehten sich natürlich um die bevorstehenden Beratungen und deren Ausgang. Es sickerten schon Andeutungen durch, daß das den Ausschlag gebende Centrum die Absicht habe, die Entscheidung bis zur dritten Lesung aufzuschieben und diese erst stattfinden zu lassen, wenn die Vorlage über das Gemeindegewaltrecht in den sicheren Hafen gebracht sei.

Die erste Neugier, welche man erfuhr, betrifft den Beschluß der polnischen Fraktion, gegen den Kanal zu stimmen in Ermangelung von Kompensationen für die polnischen Landesteile. Die Polen verfügen über 13 Stimmen. Da bei der polnischen Fraktion zum Unterschied von allen anderen Fraktionen stets Fraktionszwang herrscht, so werden diese Stimmen also der Opposition gegen den Kanal zuwachsen. Weiterhin erfuhr man, daß in der konservativen Partei für die Kanalvorlage 8 Mitglieder und in der freikonservativen Partei 10 oder 11 Mitglieder stimmen werden. Diese konservativen Stimmen würden die polnischen Stimmen aufwiegen und noch eine kleine Mehrheit für den Kanal übrig lassen, wenn eben der Standpunkt der Centrumpartei ein anderer wäre, wie er in Wirklichkeit ist.

Das ganze Interesse der Sitzung ipöhte sich unter diesen Umständen zu auf die Erklärung der Abgeordneten der Centrumpartei. Abg. Fritzen (Worke) legte dar, was man inzwischen schon unter der Hand erfahren hatte, daß in der Centrumpartei drei verschiedene Gruppen vertreten sind: Unbedingte Freunde des Mittellandkanals, unbedingte Gegner des Mittellandkanals und endlich eine neutrale Gruppe, welche zunächst in der zweiten Beratung gegen den Mittellandkanal stimmen wird, um abzuwarten, ob sie bis zur dritten Beratung eines Besseren belehrt werden. Diese neutrale Gruppe giebt bei den Stärkeverhältnissen der Parteien den Ausschlag, und zwar zunächst in der zweiten Beratung für eine Mehrheit gegen den Mittellandkanal. Der Mittellandkanal wird also bei der Abstimmung in der zweiten Beratung abgelehnt werden.

Die Kanalvorlage im ganzen aber wird in der zweiten Beratung nicht zu Fall kommen, vielmehr wird das Centrum geschlossen für den Dortmund-Rhein-Kanal, also für die Verbindung des Dortmund-Emskanals mit dem Rhein, eintreten. Auch die Neutralen im Centrum haben ja, wie Abg. Fritzen darlegte, ein Interesse, die Möglichkeit zu behalten, bis zur dritten Beratung eines Besseren belehrt zu werden. Dies würde aber ausgeschlossen sein, wenn in der zweiten Beratung der Kanal in allen seinen Teilen abgelehnt würde.

Als Abg. Fritzen von dieser neutralen Gruppe seiner Partei sprach, die bis zur dritten Lesung abwarten wollte, eines Besseren belehrt zu werden, ergiess eine heitere Stimmung das Haus, denn jedermann wußte, was hier allerdings nicht ausgesprochen wurde, daß dieser ausschlaggebende Teil des Centrums die Abstimmung über den Mittellandkanal in der dritten Lesung abhängig machen will von dem Schicksal des Gemeindegewaltgesetzes. In der That liegt die Sache so. Der ausschlaggebende Teil des Centrums wird nicht eher für den Mittellandkanal in dritter Lesung stimmen, bevor nicht das Gemeindegewaltgesetz in einer dem Centrum genehmen Fassung im Abgeordnetenhaus in allen drei Lesungen und auch im Herrenhaus angenommen ist. Sollte die Mehrheit des Abgeordnetenhauses vorher eine dritte Lesung der Kanalvorlage erzwingen wollen, so würde dies gleichbedeutend sein mit der Herbeiführung der Ablehnung des Mittellandkanals.

Hiermit liegt der Schlüssel der Kanalvorlage in dem Gemeindegewaltgesetz. Die betreffende Kommission des

Abgeordnetenhauses hat am Mittwoch in zweiter Lesung den § 1 des Gesetzesentwurfs angenommen, die Verhandlung über den § 2 des Gesetzesentwurfs bis auf Donnerstag abend vertagt. In erster Lesung ist bekanntlich in der Kommission der Antrag Fritzen-Sattler angenommen worden, welcher den Gemeinden gestattet, durch ein Ortsstatut, für dessen Annahme Zweidrittelmehrheit der Gemeindevertreter erforderlich sein soll, an Stelle des Dreiklassenwahlsystems nach der Modifikation der Regierungsvorlage die bekannte Zwölftelung einzuführen. Eine rheinisch-westfälische Gruppe der Nationalliberalen aber will eine solche Abweichung von der Regierungsvorlage unabhängig machen von der Zweidrittelmehrheit und der Genehmigung des Beschlusses durch die Regierung. Ob das Centrum auf diese Modifikation des Kompromisses Fritzen-Sattler eingehen wird, erscheint mehr als zweifelhaft. Auch andere Modifikationen des Kompromisses stehen noch in Frage. Die konservativen Parteien suchen in das Gemeindegewaltgesetz Verwirrung hineinzutragen, um dadurch mittelbar den Kanal zu Fall zu bringen. Wöllig zweifelhaft erscheint es unter diesen Umständen, ob und in welcher Gestalt das Gemeindegewaltgesetz im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit erlangt. Noch zweifelhafter bleibt das Schicksal dieses Gesetzes im Herrenhaus, wenn es bis an dasselbe gelangen sollte.

Das Ergebnis der Verhandlungen am ersten Tage faßt die Freisinnige Zeitung wie folgt zusammen: „Die Aussichten der Kanalvorlage sind viel ungünstiger, als bisher (in bürgerlichen Kreisen D. N.) angenommen wurde. Das Wahrscheinlichere ist, daß aus der Vorlage nur der Dortmund-Rhein-Kanal zur Annahme gelangt und daß der Mittellandkanal abgelehnt wird.“

Wie die Dinge liegen, glaubt die Freisinnige Zeitung auch nicht, daß es zu einer Auflösung des Abgeordnetenhauses kommt. Die Regierung wird sich löblich vor den Agrariern unterwerfen, sich mit der Bewilligung des Dortmund-Rhein-Kanals begnügen, Minister Thielens, der in diesem Falle zurücktreten wird, opfern, und weiterhin fortwursteln nach dem Herzen der Agrarier und der Parole des Bundes der Landwirte.

Diese Anschauung des freisinnigen Blattes würde freilich im Widerspruch stehen zu den Äußerungen des Kaisers bei der Einweihung des Dortmund-Emskanals: Das Werk, das wir beschickt haben, macht es hoffentlich der Stadt Dortmund möglich, wieder den Flug über die See zu nehmen, den sie dereinstmals genommen. Nur möchte Ich glauben, daß der Kanal, wie er augenblicklich zu sehen ist, nur ein Teilerwerk ist: er ist nur aufzufassen in Verbindung mit dem großen Mittellandkanal, den in Angriff zu nehmen und durchzuführen meine Regierung fest und unerschütterlich entschlossen ist. — — —

Urteile der Presse.

Vorwärts: Der jetzige Kampf ist für die Sozialdemokratie von großem Interesse. Es liegt im Wesen des Kapitalismus, daß er überall Widersprüche erzeugt, Gegenläufe schafft, Interessen zerplittert. Das Agrarierturn ist stark durch die preussische Tradition, durch persönliche Beziehungen, durch seine reaktionäre Vorkämpferschaft für das herrschende Regiment und nicht zum mindesten durch seine rücksichtslose Engherzigkeit. Wirtschaftlich ist es im Niedergang. Umgekehrt ist der liberale Industrialismus ohne allen politischen Einfluß, feige, kurzfristig, immer in einer kläglichen Selbstverleugnung begriffen, aber die wirtschaftliche Entwicklung trägt ihn empor und macht ihn als Gebenden der Regierung angenehmer als die ewig fordernden Junker mit ihrer anjässigen Brutalität. Gerade Preußen ist berufen, die Entscheidungskämpfe zwischen Industrie und Landwirtschaft in immer schärferer Form zu erleben, und daran wird keine diplomatische Sammelpolitik etwas ändern. Der Kapitalismus paltert durch seine eigenen Kräfte die kapitalistischen Parteien — und dieses Zerstückelungswerk beobachten wir im kleinen bei der Kanalvorlage, um es demnächst im großen bei den Handelsverträgen wiederholt zu sehen. —

Volkszeitung: Wenn die Regierung das Projekt heute (Donnerstag) nicht wirksamer verteidigt, das gestern ein Minister feierlich zweimal als „unbedingt nötig“ bezeichnet hat, so wird ihre Niederlage eine wohlverdient sein. Das sagen wir, als erklärte Freunde der Kanalvorlage, offen heraus. Noch nie ist ein Gesetzesentwurf von derartiger Wichtigkeit von einer Regierung im Parlament so unzureichend verteidigt worden, wie gestern, (Mittwoch) der Mittellandkanal! —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Eine Umredigierung der letzten Kaiserrede stellt die Rheinisch-Westfälische Zeitung fest: Danach hat der Kaiser in Dortmund nicht davon gesprochen, daß die Sorge wegen des Befindens seiner Frau „ihn zuerst zu dieser gestöhrt“ hätte, wie es beim Wolffschen Bureau heißt. Wichtiger sind die Stellen, die sich mit den scharfen, persönlich gehaltenen Auslassungen des Kaisers befassen. So sagte der Kaiser: „Er ist nur so aufzufassen in Verbindung mit dem großen Mittelland-Kanal, den in Angriff zu nehmen und durchzuführen meine Regierung fest und unerschütterlich entschlossen ist,“ während es im offiziellen Wortlaut heißt: „Er ist aufzufassen in Verbindung mit dem großen Mittelland-Kanal, den zu bauen und zur Durchführung zu bringen meine Regierung und ich fest und unerschütterlich entschlossen sind.“ Am Schlusse sagte der Kaiser: „Den Rückhalt, der damals der Hanja fehlte, das in einem Willen geleitete Volk, besitzen wir durch die Gnade des Himmels und durch die Führung meines Großvaters. Daß dieses Werk mit voller Wucht durchgeführt werde, dafür werde ich stehen!“ In der offiziellen Uebersetzung lautet dagegen der Schluß: „Was damals als Rückhalt der Hanja fehlte, ein starkes geeintes, in einem Willen gehorchendes Reich, haben wir durch die Gnade des Himmels und die Thaten meines Herrn Großvaters wieder errungen, und diese Macht soll auch für dieses große Werk mit voller Wucht eingesetzt werden, dafür werde ich stehen!“ —

Den trübtigsten Grund gegen den Mittellandkanal hat der heftige Landwirt Wiegand entdeckt und die Staatsbürger-Zeitung teilt es mit: „Vergrößerung der Umsturzfahrt durch das Ausbreiten der sozialdemokratischen Ideen in den Wahlkreisen, die der Kanal berührt.“ Ergo: Durchschlagendes Mittel gegen die Umsturzfahrt: Man schützte alle Kanäle, Flüsse, Seen und Meere zu. —

„Scharfmacher“, dieses vielgebrauchte Wort gefällt der konservativen Korrespondenz ganz und gar nicht. Es sei ein „albernes Schlagwort“ und eine „Geistlosigkeit“. Nun, für ein deutsches Musterwort halten wir es gerade auch nicht, aber es drückt sehr scharf einen Begriff aus, mit welchem zu rechnen ist. Sein Erfinder ist kein böser „Umstürzler“, sondern der Freiherr v. Stumm, der ankündigte, er werde den Kaiser auf einer Jagdpartie gegen die Sozialdemokraten „scharf machen“. Seitdem hörte man aus dem Munde konservativer Redner häufiger den Ausdruck, „jemand für etwas scharf machen“. Die konservative Korrespondenz meint, so lange man den Ausdruck „Scharfmacher“ noch auf den ganz speziellen Fall des Herrn v. Stumm anwandte, habe er wenigstens Sinn gehabt. Freilich hatte er das. Aber das Wort hat seinen Sinn behalten. Unter „Scharfmachen“ wird ganz im ursprünglichen Sinne des Wortes der Versuch ordnungspolitischer Verheerung maßgebender Faktoren gegen die Sozialdemokratie und sonstige Opposition verstanden. Und man hat an der Hand der Thatfachen gelernt, damit den Begriff der politischen Heuchelei, Lüge und Niedertracht zu verbinden. —

Die Handelskammer in Bochum hat sich „sehr entschieden“ für die Zuchtanstellung ausgesprochen. Das wundert uns nicht. Wie es scheint, sollen nun auch die Handelskammern mobil gemacht werden. Alles Macht, alles Macht. —

Den Littaunern ist in der letzten Zeit von der Regierung ein bemerkenswertes Entgegenkommen gezeigt worden. Lange geäußerte Wünsche in Bezug auf den Gebrauch der littaunischen Sprache in Kirche und Schule wurden erfüllt zur selben Zeit, da Bestrebungen der Polen zur Erhaltung der polnischen Sprache bekämpft und gegen die Dänen Ausweigungs-Maßnahmen getroffen wurden. Jetzt werden die Gründe hierfür bekannt. Die Furcht vor dem Sozialismus scheint die Triebfeder dieser auffallenden Maßnahmen gewesen zu sein. Die konservative Elbinger Zeitung schreibt: „Bei den sozialen Bewegungen, die mächtig durch unsern Staat gehen, und bei der kritischen Lage, in der sich unsere Landwirtschaft befindet, muß uns daran gelegen sein, gerade im Osten ein anspruchloses, gottesfürchtiges und konservatives Bauerntum zu erhalten, ganz gleich, ob es deutsch oder littaunisch ist. Und gerade diese alte, kernige Volksart der Littauner läuft Gefahr, durch ein zu schnelles Germanisieren unterzugehen. . . . Je schneller der Littauner germanisiert wird, desto leichter fällt er diesem dem Ursprung nach natürlich deutschen Sozialdemokratismus oder andern politischen unklaren Strömungen ins Netz. Was ihn davor bewahren kann, ist allein sein Volkstum.“ Auch nicht übel. —

Ausgewiesen sind aus Nordfriesland zwei junge Leute aus Stobbum, Söhne von Optanten, die sich bei den Eltern aufhielten, aber in letzter Zeit Erntearbeiten bei dem Hofbesitzer Fuhr auf Mengsgaard verrichtet hatten.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht wieder einmal die **Verfügung des Kriegsministers**, welche den Unteroffizieren und Mannschaften die Beteiligung an sozialdemokratischen Unternehmungen u. verbietet und die von Zeit zu Zeit den Truppen immer wieder bekannt gemacht wird. Und wir warnen die Genossen im Solbatenrock fortgesetzt, sozialistische Propaganda zu treiben.

Robert v. Benda, das langjährige Mitglied des Reichstags und Landtags, ist an diesem Mittwoch im Alter von 83 Jahren auf seinem Gute Kudow gestorben. Vierzig Jahre von 1858—1898 hat Herr v. Benda dem Abgeordnetenhaus, über 30 Jahre von 1867 ab dem Reichstage angehört. Herr v. Benda gehörte der nationalliberalen Partei an. In den sechziger und siebziger Jahren war er in den finanziellen Fragen einer ihrer Wortführer. Im Abgeordnetenhaus hat er längere Zeit als zweiter Vizepräsident fungiert.

Gemüthvoller Agrarierstil. Die Camminer Kreiszeitung brachte vor einigen Tagen in ihrer Nummer 92 folgendes Inserat: „Suche 20 Arbeitsleute für die Drechselmaschine, Tagelohn 3 M., Soff und Fraß frei. Franz Krüger in Pribbernow.“ Wenn Soff und Fraß dem Stilk angemessen ist, dann Gnade den armen Opfern!

Parlamentarische Nachrichten.

Abgeordnetenhaus.

89. Sitzung vom 16. August. 11 Uhr.

Am Ministertische: Fürst Hohenhausen, Dr. v. Miquel, Thielen, Frey, v. Hammerstein, Bredel, Frey, v. d. Rede.
Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung der zur Vorbereitung der Kompensationsforderungen an die Kommission zurückverwiesenen Kanalvorlage.

Minister Thielen: Wir sind durch die Beratungen in der Kommission nur in unserer Ueberzeugung bekräftigt worden, daß der Mittelkanal ein Kultur- und Meliorationswerk allerersten Ranges ist und daß seine Ausführung im Interesse des Verkehrs unbedingt notwendig ist, zur Entlastung der Eisenbahnen, die diesen Verkehr schon jetzt nur mit Mühe bewältigen können. Alle die Uebelstände, die mir bei Einbringung der Vorlage von 1886 zu beklagen hatten, haben sich nur noch verstärkt. Die finanziellen Bedenken, die man damals geltend machte, sind bei weitem in dem Maße nicht mehr am Platze. Der wirtschaftliche Aufschwung hat den Verkehr von Monat zu Monat gesteigert, er wirkt steigend auf die Verkehrsleistungen ein. Und so dringender ist der Kanal aber, um den weiteren Verkehrsansprüchen auch weiterhin gerecht werden zu können. Dieses Verkehrsbedürfnis ist ja allerdings am dringendsten in der rheinisch-westfälischen Industriegegend.

Aber auch für die Landwirtschaft wird das Bedürfnis nach der neuen Verkehrsstraße immer dringender, dazu kommt, daß auch im Interesse der Verkehrsträger der Kanal für unbedingt notwendig gehalten wird. Mit den Eisenbahnen ist schon jetzt der Verkehr nur mit der äußersten Anspannung von Geld und Personal zu bewältigen. Eine Zeit lang wird dies mit Anwendung großer außerordentlicher Kosten auch ferner wohl möglich sein. Aber auf die Dauer ist es mit den Eisenbahnen allein absolut ausgeschlossen. Ich halte mich deshalb als Chef der Eisenbahnverwaltung verpflichtet, darauf hinzuweisen, wie ernst die Situation ist. Der Landtag muß sich bemühen, eine wie große Verantwortung er übernimmt, wenn er uns dieses Mittel, dem Verkehrsbedürfnis gerecht zu werden, vorzuschlagen sollte.

Man hat nun mit vielem Geschick eine Bewegung hervorgerufen, um Schaffung für Kompensationsforderungen zu machen. Einen Teil dieser Forderungen hat die Regierung als berechtigt anerkannt müssen, aber sie hat darum keinen Anlaß, von ihrem prinzipiellen Standpunkt gegenüber Kompensationsforderungen im geringsten abzuweichen. Was wir für Schlichter in der Kommission zugestanden haben sind Maßnahmen, die ohne Zusammenhang mit dem Kanal auch so früher oder später angegriffen werden müßten. Ich hoffe daher, daß der Landtag die Vorlage genehmigen und damit der wirtschaftlichen Lage des Landes eine Förderung zu teil kommen lassen wird, die erst die kommenden Geschlechter noch würdigen werden. Die Staatsregierung empfiehlt Ihnen die Vorlage nochmals zur Annahme. (Beifall rechts links.)

Abg. Graf Sumburg-Straum (kon.): Ich kann nur das wiederholen, was mein Freund Graf König bereits in der ersten Sitzung erklärt hat: Meine Freunde werden in ihrer überwiegenden Mehrheit gegen die Vorlage stimmen. Wir sehen in ihr keineswegs die wichtigste Vorlage für die Verbesserung der Eisenbahnen, sondern wir sehen in ihr geradezu einen Schritt mit unserer Eisenbahnpolitik. (Beifall rechts.) Bei der Schaffung des Dortmund-Emskanals hat kein Mensch an den Mittelkanal gedacht. Eine Verwirklichung jenseits des großen Wasserstraßen hätte nicht durch den Mittelkanal, sondern durch den sogenannten Emskanal geschehen werden. Der Landwirtschaft würde der Kanal nur in ganz geringem Maße Vorteile bringen können, sie hat daher in ihrer Gesamtheit nur wenig Interesse an ihm. Die Hauptgründe für unsere ablehnende Haltung sind jedoch wirtschaftlicher und finanzieller Natur. Das Schicksal liegt in der Hand von sehr hochbedeutenden Gütern, die die Regierung für uns, wenn wir die Vorlage ablehnen, nicht mehr thun werde. Ich hoffe, daß die Regierung dem hier widersprechen wird. Klammern der Eisenbahnverwaltung habe ich zum Schluß zu erklären, daß wir nicht für die Vorlage stimmen können, weil wir sie wirtschaftlich und finanziell für bedenklich halten. Wir sehen daraus die weitere Entwicklung mit Ruhe entgegen. (Beifall rechts.)

Minister Thielen: Der Landtag, daß für die meisten Bundesländer, deren Verkehr gegen die Vorlage stimmen, nicht mehr gethan werden soll, muß ich im Namen der Staatsregierung auf das Allerhöchste entgegennehmen.

Abg. v. Gumbert (nl.): Ich habe im Namen meiner Freunde zu erklären, daß wir für die Vorlage stimmen und stimmen werden. Wir sind der Meinung, daß der Kanal nicht nur der Industrie, sondern auch der Landwirtschaft Nutzen bringen wird. Wir sehen in dem Kanal nicht eine Abzweigung des Verkehrs, sondern eine den Verkehr und den Verkehr zu gut kommende Verkehrsstraße. Ein wichtiger Grund, der hier nur noch angeführt werden muß ist der, daß durch den Kanal eine neue Verkehrsstraße für ein solches Gelände geschaffen werden würde. Gerade der von dem Herrn Minister erwähnte Kanal würde die Mittel als eine solche Verkehrsstraße angesehen werden müssen. Auch die Entlastung des Rheins würde durch den Kanal nicht mehr gefördert werden, wie durch den Bau einer Reihe von Bahnhöfen, die nach der Ablehnung dieser Vorlage unbedingt gebaut werden müssen. Der Landtag ist ja in der Lage, die Vorlage zu genehmigen. Wir sind an der Grenze der Kompetenz angelangt. Wir können den Landtag auf den höchsten Punkt auf die Höhe nicht heben. Schon heute ist es nicht möglich, durch ganz bedeutende Anstrengungen, den Kanal zu bauen. Auch das militärische Bedürfnis ist der Kanal nur in der geringsten Forderung. Die Eisenbahnverwaltung hat in der Vergangenheit eingehend begutachtet und ist ein Gutachten des großen Generalstabes erhalten. Das Gutachten kommt zum Schluß, daß der Kanal nicht nur zu empfehlen ist, sondern daß er unbedingt notwendig ist. Das Gutachten ist ein Gutachten des Generalstabes. Es ist ein Gutachten des Generalstabes, und ich bin überzeugt,

nach der Fertigstellung wird halb genug niemand es verstehen, daß es hier im Haupte Gegner des Kanals gegeben hat. Meine Freunde stimmen für den Kanal, und ich hoffe, daß sich eine Mehrheit für die Vorlage finden wird. (Beifall.)

Oberst Bubde: Im Namen des Kriegsministers, der leider nicht persönlich anwesend sein kann, erkläre ich, daß die Militärverwaltung auf die Ausführung dieses Kanalprojektes in strategischer Hinsicht den allergrößten Wert legen muß. In der Kommission habe ich das vertanlich durch Briefe eingehend dargelegt. Wir brauchen die Wasserstraßen im Kriege vor allem für die Massentransporte, die in den kommenden Kriegen einen viel größeren Umfang annehmen werden, als früher. Nicht als Ersatz der Eisenbahnen fordern wir den Kanal, sondern als Ergänzung. Der Kanal hat gewiß nicht die Bedeutung der Eisenbahnen. Diese sind ungleich wichtiger als die Wasserstraßen. (Hört rechts.) Aber die Eisenbahnen werden zur Zeit der Mobilmachung zu viel andere Aufgaben zu erfüllen haben, daß wir die Magazine in den Operationslinien oder mit Hilfe der Wasserstraßen füllen. Deshalb müssen wir alle Verkehrsleistungen im Auge fassen, die uns für die Lösung unserer Aufgaben im Kriege zur Verfügung stehen können. Da ist nun der Mittelkanal für uns von der allergrößten Bedeutung, denn er erschließt uns die Operationslinie fast in direkter Linie, er schafft ferner eine direkte Verbindung des westfälischen Industriezentrums mit dem Rhein, die für die dortige Operationslinie ebenfalls von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein muß. Nebenher hat er auch die allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung im Kriege, daß es bei dem allgemeinen Stöden allen Verkehrs im Kriegesfälle eine Verbindungslinie für die Zubereitung aller der fortdauernden zehnjährigen Bedürfnisse schafft und so manche Engpässe zersetzt, manchen Betrieb vor dem Chörschließen bewahrt. Die Franzosen haben nach 1870 neben den großen nach Osten führenden Eisenbahnlagen mit ungeheuren Kosten parallel laufende Kanäle gerade im Interesse der Landesverteidigung gebaut. Es hat sogar eine militärische Organisation der Binnenschiffahrt auf diesen Wasserstraßen bereits im Frieden geschaffen. Eine ähnliche Wasserstraße soll für uns der Mittelkanal schaffen. Ich habe daher den Antrag vom Kriegsminister, wie vom Chef des Generalstabes, zu erklären, daß diese in der Ausführung des Kanalprojektes eine Stärkung unserer Wehrkraft erblicken würden. (Beifall rechts links.)

Abg. Dr. Nowaldt (freisinn.) erklärt, die überwiegende Mehrheit seiner Freunde würden die Vorlage ablehnen. Diese sei wirtschaftlich und finanziell bedenklich, sie bedrohe sehr gewichtige Interessen der deutschen Landwirtschaft, und bedeute keineswegs, wie die Kanalfründe behaupten, einen Kulturfortschritt. Den Eisenbahnen gegenüber könnten in unserem Zeitalter Kanäle immer nur sekundäre Bedeutung haben. Die Vorteile, die man sich von diesem Kanale in wirtschaftlicher und in militärischer Beziehung verspreche, könnten nur erreicht werden durch ein ganzes Netz von Kanälen, das sich über das ganze Land erstreckt. Redner bringt eine Resolution zu Gunsten des Rhein-Kanals ein.

Minister Dreyfus erklärt sich gegen den Rheinkanal. Abg. Frey (kon.): Ein Teil meiner Freunde, welcher sich heute noch nicht entschließen kann, für den ganzen Mittelkanal zu stimmen, werden für die Teilstrecke vom Rhein bis nach Dortmund stimmen.

Nach Frey spricht Graf Ballestrem entschieden gegen die Vorlage.

Nach einer kurzen Erwiderung des Oberst Bubde spricht Abg. Dr. Barth (freisinn. Vg.): Ein jeder Abgeordnete hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, jede Vorlage nach bestem Ermessen zu prüfen. Hier aber handelt es sich nicht mehr um eine wirtschaftliche Frage, sondern um eine hochpolitische, um einen Kampf der Regierung gegen die rechte Seite des Hauses. Die Regierung würde Schaden an ihrer Autorität erleiden, wenn sie die Ablehnung der Vorlage nicht mit der Auflösung des Hauses beantwortet wolle. (Widerpruch rechts, Beifall links.) Die Regierung hat der Volksvertretung ein hochbedeutendes Werk vorgezogen, und sie wird die Mehrheit des Volkes hinter sich finden, wenn sie an das Volk appelliert. (Beifall rechts links, Hört rechts.)

Die weitere Beratung wird auf Donnerstag 11 Uhr vertagt. Schluß 1/4 Uhr.

Wie aus dem Schluß des vorstehenden Parlamentarischen Berichtes ersichtlich, wird die Verhandlung am Donnerstag fortgesetzt werden und kommen zunächst zum Wort Abg. v. Szajdzewski für die polnische Fraktion, Abg. Wiemer für die freisinnige Volkspartei. Soweit kommen die Redner als Fraktionsredner zum Wort. Daran schließt sich dann die durch Verlosung festgestellte Rednerliste. Auf derselben befinden sich noch 18 Redner gegen die Kanalvorlage und 18 Redner für dieselbe. Unter den Rednern gegen die Vorlage sind eingerechnet u. a. Szar (natl.), Kuntze (Dr.), Schoss (wilt). Auf der Rednerliste für die Vorlage stehen u. a. der freikonservative Landrat Dr. Gey, der freikonservative Abg. v. Tiedemann, der konservativer Abg. Nebling für Minden, der konservativer Landrat v. Heimbürg (Wiedenhopf).

Die Abgeordneten Dr. Brandt, Arndt und Genossen haben im Abgeordnetenhaus zur zweiten Lesung der Kanalvorlage einen Antrag eingebracht, durch den die Regierung aufgefordert wird, die Vorarbeiten für die Herstellung einer leistungsfähigen Wasserstraße vom Dortmund-Emskanal nach der unteren Elbe vornehmen zu lassen und dem Landtage von dem Ergebnis Mitteilung zu machen.

Die Nebenbahnvorlage, die schon wiederholt angelehnt wurde, ist in der letzten Zeit im Ministerium der öffentlichen Arbeiten fertiggestellt worden und soll dem jetzt wieder zusammentretenden Abgeordnetenhaus nach in dieser Tagung bestimmt übermittelte werden. Die neue Nebenbahnvorlage wird im ganzen einen Betrag von 12 Millionen Mark beanspruchen und wird von agrarischer Seite als eines der besten Mittel zur Beförderung der Art der Landwirtschaft betrachtet. Im übrigen können auch wir uns mit derartigen Verkehrsleistungen einverstanden erklären.

Prozeß Dreyfus.

Recherch., den 16. August 1899.

Die Vertagung der Verhandlungen abgelehnt.

Die heutige Sitzung des Kriegsgerichts wurde um 6 1/2 Uhr eröffnet. Nachdem Dreyfus Platz genommen hat, liest sein Verteidiger Demange aus dem Protokoll und erklärt, daß man vorziehen, als sein tapferer Kollege durch die Anklage eines Mordes terrorisiert worden sei, nicht wissen konnte, wie ernst die Verantwortung sei, daß aber heute die Angeklagten, Labort werde am nächsten Montag so weit festgestellt sein, daß er an den Verhandlungen wieder teilzunehmen könne. Demange beantragt deshalb, die Sitzungen bis Montag zu vertagen. Ich habe, so erklärt er, nicht nur diese Anträge vor mir. Wir haben schon zwei Verhandlungen geführt und werden noch mehrere hören, es ist daher natürlich, daß die Verhandlungen genügt sind.

Der Regierungskommissar erwiderte, daß ihm das Gutachten der Merz Laboris vorliege. Diese hätten es nicht für unmöglich, daß Labort am Montag wieder zu den Verhandlungen kommen könne. Die Vertagung bis Montag würde für das öffentliche Interesse von Bedeutung sein, selbst wenn Labort bis Montag wieder hergestellt sei. Die ganze Welt warte. Man könne die Affaire nicht bis ins Unendliche verlängern. Die Verteidigung sei in guten Händen, was auch Demange sagen möge. Er beantrage daher den Fortgang der Verhandlungen.

Demange entgegnete, Labort trage einen Teil der Verantwortung für die Verteidigung, und er könne nur dann nützlich in die Debatte eingreifen, wenn er alle Zeugen selbst gehört habe.

Das Kriegsgericht zog sich zur Beratung zurück. Nach dem Wiedereintritt teilt der Vorsitzende mit, das Kriegsgericht habe einstimmig beschlossen, die Verhandlungen nicht zu vertagen, die übrigen nach dem Gesetze auf höchstens 48 Stunden ausgesetzt werden könnten. Die Vernehmung der Zeugen wird also fortgesetzt.

Der frühere Justizminister Guérin.

Der Zeuge teilt mit, wie er Ende 1894 zum Ministerpräsidenten Dupuy gerufen wurde, bei welchem Mercier wollte und das Verschwinden von Schriftstücken aus dem Generalstab mitteilte. Nach einer Untersuchung sei der Verdacht auf Dreyfus gefallen. Der General war überzeugt, daß Dreyfus der Verwahrer sei, und er gründete seine Ueberzeugung auf drei Thatsachen, und zwar erstens das Bordereau, zweitens die Art der ausgetheilten Dokumente, drittens das Diktat du Path de Clams. Guérin erzählt sodann, wie durch Schriftvergleichung der Urheber des Bordereaus gesucht worden sei. Diese Nachforschung habe noch kein Ergebnis gehabt, als Oberst Freyre ausgerufen habe: „Das ist ja die Schrift des Hauptmanns Dreyfus!“ Weiter erzählt Guérin die bekannten Vorgänge bei der Schriftprüfung. In einem besonderen Ministerrat am 1. November verlangte General Mercier die Ermächtigung zur Einleitung des Verfahrens gegen Dreyfus, machte jedoch nur von dem Bordereau Mitteilung. Der Ministerrat war einmütig dafür bis auf Minister Hanotaux, der einige diplomatische Vorbehalte machte. Es wurde beschlossen, daß, falls das Verfahren mit der Verweisung vor ein Kriegsgericht enden sollte, keinen Namen zu nennen, um Schwierigkeiten zu vermeiden. Von geheimen Schriftstücken habe er um diese Zeit niemals gehört, sondern erst während des Pola-Prozesses; ebenso habe er nichts von den Geständnissen des Dreyfus gegenüber Lebon-Renaud gehört, von denen er lediglich durch die Blätter erfahren habe. Mercier habe darüber dem Ministerrat nichts mitgeteilt. — Vorf.: Haben Sie den Schrift-Experten Gobert bezüglich der Dreyfus-Affaire bei sich empfangen? Gobert soll Sie, auf die Uhr zeigend, darauf aufmerksam gemacht haben, in dieser Stunde begehe man einen schweren Fehler. Sie sollen nicht geantwortet, beim Weggehen jedoch Gobert gegenüber bemerkt haben, daß er völliges Schweigen beobachten solle, da die Regierung die Verfallsaffäre geheimhalten wolle; da man Indiskretionen besonders von der Vötre parole befürchte, weil der verdächtige Offizier Jude sei. Guérin erwidert, er könne sich nicht entsinnen, ob er Gobert empfangen habe. Er habe jedoch die ihm zugeschriebene Äußerung nicht gemacht.

Es folgen die Aussagen des früheren

Kolonialministers Lebon.

Der Regierungskommissar erklärt, er habe Lebon laden lassen, weil er Mitteilungen von moralischem Wert machen könne und auch weil seinem Erscheinen wegen der gegen ihn gerichteten Verhaftungsinteressen beigemessen werde. Lebon erklärt, er und seine Kollegen seien, als sie bez. des Revisionsverlangens um die Intervention angegangen wurden, dafür gewesen, daß sie ihre Rechte als Mitglieder der Regierung nicht an die Stelle des Gerichts setzen dürften. Seine Achtung vor der abgeurteilten Sache und vor dem Urteil des Kriegsgerichts von 1894 sei auch durch seine persönliche Meinung über die Schuld des Angeklagten gestiftet worden. Bezüglich der gegen den Gefangenen auf der Teufelsinsel ergriffenen Vorsichtsmaßregeln erklärt Lebon, daß er mit bestem Gewissen, wenn er diese Maßregeln noch einmal zu ergreifen hätte, nicht zögern würde, dies zu thun. Lebon erklärt weiter: Der zuständige Arzt habe ihm niemals Mitteilungen von einer Erkrankung des Dreyfus gemacht, sonst würde er nicht geögert haben, anzuordnen, daß Dreyfus behandelt werde wie jeder andere Kranke. Man hat mich mit Ueberlegung „Penker“ genannt. (Unhaltende Bewegung.) Vorf. zu Dreyfus: Haben Sie noch etwas zu sagen? Dreyfus: Nein, ich will hier nicht von den abentheuerlichen physischen und moralischen Leiden sprechen, die ein Franzose einem Unschuldigen hat erdulden lassen. (Lebhafte Bewegung.) Ich bin hier nur, um meine Ehre zu verteidigen, werde also nicht von meinen Leiden sprechen. Dreyfus spricht diese Worte mit erhebener Stimme. Lebon setzt sodann die Gründe auseinander, weshalb er so strenge Vorsichtsmaßregeln ergriffen habe. Ein Telegramm nach Guyana sei nicht an seine Bestimmung gelangt. Es stellte sich heraus, daß es auf einer englischen Linie verschwunden war. Dieser Vorfall und noch andere zeigten an, daß man zu Gunsten des Dreyfus etwas unternehmen wollte. Schließlich wurde angeordnet, daß bei der geringsten verdächtigen Bewegung auf Dreyfus geschossen werden sollte. (Bewegung.)

Die Witwe Henry.

Die Witwe des Obersten Henry erscheint in tiefer Trauer. Sie sagt mit fester, aber kaum vernehmlicher Stimme ohne jede Weinerlichkeit aus: Man hört nur höfliche Worte wie „Chère der Urnee zu reiten“ und dergleichen. Enthaltungen bietet ihre Aussage nicht. Sie ist rasch vorüber. Dreyfus lehnte ab, sie auszufragen. Demange bleibt still. Die Sitzung wird unterbrochen. Die Witwe Henry kehrt zu den Zeugenreihen zurück, wo Mercier und Juristen sich eifrig um sie bemühen.

General Rogot.

Zum Schluß der Mittwoch-Sitzung wurde General Rogot als Zeuge vernommen. Er erwähnt im Verlaufe seiner Aussage einen Brief, welcher von dem Agenten A. an den Agenten B. gerichtet gewesen und in welchem der Name „Dreyfus“ zweimal erwähnt worden sei. Rogot kritisiert die Aussage General Hermanns, schließt sich der Beweisführung Deloyes an und behauptet, Dreyfus sei im Besitz einer Schiefprojektil gewesen, welche Jeannel ihm geliehen habe. Rogot erklärt, Biquart habe mehr als 100 000 Francs für die Ueberwachung Eberhays ausgemendet und mir ich ferner vor, ein Dreyfus kompromittierendes Schriftstück bei Seite gebracht zu haben. Rogot führte noch als Beweis, daß das Bordereau ganz gut auf der deutschen Wertschrift in Verlust geraten konnte an, daß ihm ein höchst intimer Brief des Militärattachés v. Schwarzfoppen in die Hände geraten sei. Wenn derlei in Verlust gerate, um wie viel mehr das Bordereau.

Am Donnerstag wird Rogot seine Aussage fortsetzen. Nachdem General Rogot für heute geendet, springt Dreyfus auf und ruft mit thränenreicher Stimme: „Seit drei Stunden höre ich gegen mich die abschaulichsten Anklagen vorbringen und darf nicht antworten! Niemals hat ein Angeklagter eine solche Folter ausgestanden. Das ist entsetzlich!“ (Schwaches Bravo im Auditorium.) Der Präsident antwortet kühl und hart: Er könne eine solche böswillige Insinuation nicht dulden. Niemals habe ein Zeuge die Worte verlassen, ohne daß der Präsident vorher den Angeklagten gefragt habe, ob er etwas zu bemerken habe. Er fordere Dreyfus auf, sich respektvoller gegen das Kriegsgericht zu benehmen. — Der Berichterstatter der Frankfurter

es hat darum eine Vernehmung des Verletzten noch nicht stattfinden können. Nach Ausspruch des Arztes ist der Zustand desselben sehr bedenklich. Der Anführer des Angriffs auf den Landwirt Pehold, der Landwirt Pehold, ist gegen Hinterlegung einer Kaution von 10 000 Mark einstweilen auf freiem Fuß belassen worden, er muß sich aber täglich zweimal beim Gericht in Lauchstedt stellen. Die vier polnischen Arbeiter, die auf Geheiß des p. Hochheim den v. Pehold so furchtbar verhauden haben, wurden gleich in Haft genommen.

Weserhüfen. (Ein Kahn ausgebrannt.) Montag abend brannte ein bei der W. Gerloffschen Schiffswerft liegender Kahn des Schiffseigners Weder aus Alten, welcher Schwefelsäure geladen hatte. Das Feuer ist dadurch entstanden, daß ein Ballon entzwei ging und die ausgelaufene Säure Feuer fing. Der Schiffer mit Familie und sein Mobiliar konnten noch gerettet werden. Der Kahn ist bis auf die Eisenteile ausgebrannt. Hoffentlich ist Kahn und Ladung versichert.

Wustertwis. (Erhängt.) Erhängt aufgefunden worden ist in der Nähe von Wustertwis der Kaufmannslehrling S. aus Budau, welcher sich vor ca. 3 Wochen heimlich und unter eigentümlichen Umständen aus dem Hause seines Prinzipals entfernt hatte. Die Leiche war bereits sehr in Verwesung übergegangen.

Nachrichten aus dem Reiche.

Berlin. (Proletarierlos.) Nahrungsjorgen haben den 70 Jahre alten Barbier Adolf Wahlrad aus der Eubrystraße in den Tod getrieben. Man fand gestern den alten Mann in einer leeren Stube als Leiche an der Thürschwelle hängen.

Kiel. (Schiffsunfall.) Der große Kreuzer „Ganja“ stieß beim Verlassen der Kaiserlichen Werft mit einer Dampfmaschine zusammen, welche sofort sank. Die Besatzung der Maschine ist gerettet.

Limburg. (Erhängt.) Mittwoch mittag wurde in dem Aborte einer hiesigen Wirtschaft der Eisenbahnarbeiter Kremer erhängt aufgefunden. Kremer hinterläßt Frau und Kind, die seit einiger Zeit verstreut waren.

Schleswig. (Verbrannt.) Lebendig verbrannt ist in der Ortschaft Erde das vierjährige Töchterchen des Landmanns Rief. Die kleine spielte vor dem Badofen, in dem kurz vorher gebadet worden war; hierbei kamen die Kleider des Mädchens mit einer noch glühenden Kohle in Berührung und gerieten in Brand. Als Hilfe zur Stelle war, hatte das Kind bereits so schwere Brandwunden am ganzen Körper davongetragen, daß es nach kurzer Zeit durch den Tod von seinen Qualen befreit wurde.

Kleine Chronik.

Aus Oporto (Portugal) wird gemeldet: Nach der offiziellen Liste sind in den letzten neun Wochen neunundzwanzig Erkrankungen und zehn Todesfälle an der Pest vorgekommen. Am 14. August haben die Ärzte zwei neue Erkrankungen festgestellt, und zwar bei einem Manne, der noch an demselben Tage verstorben ist, und bei einem Kinde.

Todesfälle in den Bergen. Der Dermatologe Sanitätsrat Dr. Salomon Herzheimer aus Frankfurt a. M., ein 58-jähriger Mann erlitt, wie aus Solten gemeldet wird, bei einer Bergpartie im oberen Oetthal einen Schlaganfall und starb in den Armen des Führers. — Der Student Friedrich Stolz, Sohn des Junsbruder Mathematikprofessors Dr. Otto Stolz, ist von der Karlespitze im Bittelthal abgestürzt und hat seinen Tod gefunden. — Ferner wird aus Zürich telegraphiert: Von Urosa-Rothorn sind am Dienstag ein unbekannter Herr und eine Dame abgestürzt. Beide sind schwer verletzt aufgefunden worden.

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt am Sonnabend, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Magdeburg und Friedrichstadt und Werder im Dreifahrerhund, Große Storchstraße 7. Bezirk Diesdorf im Lokale der Witwe Märten zu Diesdorf. — Sonntag, den 20. August, nachmittags 4 Uhr: Branche der Feilenhauer im Lokale des Herrn Albert Buchlow, Katharinenstraße 5. — Montag, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Sudenburg in der Zerkhöfer Bierhalle, Schönungerstraße 28. — Zahlabende finden statt: Sonnabend, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Sudenburg in der Zerkhöfer Bierhalle, Schönungerstraße 28. Branche der Zirkalateure in der Burghalle, Tischlergassestraße 28. — Alles nähere siehe im Inserat in der folgenden Nummer der Volksstimme.

Sonnabend, 19. August:

Verband der Fabrik-Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Sudenburg. Versammlung abends 8 Uhr im Deutschen Hof, St. Michaelstraße 16. Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Letzte Nachrichten.

Hamburg. Bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gingen für die ausgesperrten dänischen Arbeiter 56 860,68 Mark ein. — Darunter von den Metall-

arbeitern Magdeburgs 1500 Mk., sowie 356 Mk. 49 Wg. sonstige Beiträge. Sodann haben noch einzelne Gewerkschaften Gelder eingesandt, doch fehlen uns hierüber die näheren Angaben.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 17,00—21,00 Speisebohnen (weiße) 17,00—38,00. Binsen 25,00—49,00. Hartweizen 4,50—5,00. Rindfleisch 3,50—4,00. Krummstroh 2,50—3,00. Heu 5,50—6,50. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1,00—1,08, von der Keule 1,40—1,50, Bauchfleisch 1,20—1,30. Schweinefleisch 1,20—1,40. Kalbfleisch 1,20—1,40. Hammelfleisch 1,30 bis 1,40. Speck (geräuchert) 1,60. Butter 2,10—2,50. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 2,80—3,80.

Briefkasten.

Neuhaldensleben. Nach 14 Tagen auf den Artikel des Landboten einzugehen, verlohnt sich wohl nicht. Uebrigens kennzeichnet das Blatt seine wahre Gesinnung durch folgenden Satz selbst am besten: „Der ganze Aufzug (zum Gewerkschaftsfest) legte ein brillantes Zeugnis davon ab, daß es heutzutage der arbeitenden Bevölkerung recht gut geht und die vielen Klagen, die so oft erschallen in unseren Tagen, wenig oder gar keine Berechtigung haben.“ Nach dem Blatte ist es ein Verbrechen, wenn die Arbeiter nach langer Frohn sich auch einmal ein Vergnügen gönnen. Was nicht aber Ihre Entrüstung, wenn noch Hunderte Arbeiter, die, obwohl sie sich durch diese Notiz tief verletzt fühlen, den Landboten weiter unterstützen. Nur wenn die Arbeiter ihre Quartiere selbst von derlei Schriften reinigen, hört die Verpötlung und Verunglimpfung der Arbeiter auf. — X. Z. 1. Am Mittwoch mittag zwischen 11—1 Uhr.

Zur Beachtung. Wir bitten Briefe, die für den Genossen Schmidt persönlich bestimmt sind, vom 20. August bis 3. September nicht an die Redaktion der Volksstimme, sondern an dessen Privatadresse, Zimmermannstraße 8 zu adressieren, da S. sich auf Urlaub befindet.

Die Zeitungskommission hat in ihrer letzten Sitzung sich mit der Beschwerde des Personals der Druckerei der Volksstimme beschäftigt, dieselbe sachtlich geprüft und festgestellt, daß früher den Setzern auf Verlangen Ferien gewährt sind, da dies aber zu Unzutuglichkeiten zwischen Setzern und Drucker geführt hat, beiderseitig wieder fallen gelassen sind.

Buchhandlung Volksstimme.

Sämtliche gedruckten Schulbücher für Volks- und Bürgerschulen

sind stets vorrätig.

Schreibutensilien, Hefte, Diarien etc. in bester Qualität ebenfalls vorrätig.

Für Vereine Gewerkschaften Kassen etc.

Zur sauberen und schnellen Anfertigung von Drucksachen jeder Art empfiehlt sich bei solider Preisstellung

Die Buchdruckerei der Volksstimme (Franz Beilge) Magdeburg - Breitweg 116

Statuten - Programme
Mitgliedskarten - Plakate
Formulare - Quittungsbücher

Wahre Wunderkinder

erhält man von Karl Koch's Nährzwieback. Derselbe bildet den Kindern gesundes Blut, fahrt Knochenbau und ist wegen seines hohen Nährwertes geeignet, das Kind vor den Folgen fehlerhafter Ernährung, als: Strophalose, Drüsen, Darmkatarrh, Rhachitis, Knochenkrankheiten usw. zu schützen. In Dosen und Paketen zu 10, 20, 30 und 60 Pfg. Verkauf nur allein echt in Originalpackung bei Haupt-Depot: Ad. Hauber Nchf., W. Lamm jr., Tüchlerstraße. Wwe. Matthias, Berlinerstraße 25. Magdeburg-Sudenburg: H. Starkloff, P. Markowski, Drogen-Druggerie. Magdeburg-Neustadt: H. Nachtwey, Schmidtstr., Gust. Graf, Friedrich Paul, Breitweg 101. Drogen-Handlung, G. Wehmeyer, Germania-Druggerie. Suden: E. Pensky, Reformapotheke. Staßfurt: F. Hedicke, F. M. Kilian, Wachtelstraße 15, Fr. Henkel, C. Hauke. Schönebeck: Germania-Druggerie, Gustav Hinkus, F. M. Kilian, Schönebeckstraße 15, C. Haake.

Vorzeiger dieses Inserats erhält 2 Prozent Rabatt, trotz der äußerst billigen Preise.

Breitweg 89/90

kauft man zu den denkbar billigsten Preisen:

Aukbaum und Birken

echte, halbechte und imitierte

Möbel

ebenjo unter Garantie recht dauerhaft u. elegant gearbeitete

Polsterwaren

bei 1748

Georg Mook

Breitweg 89/90.

Möbel-Einrichtungen

größte Auswahl in den großen Sälen und 5 Möbelspeichern von

J. Mook

jetzt nur Jakobstraße 51 1372 dicht am Alten Markt.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Mitglieder-Versammlung

des Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands

Mitgliederversammlung Magdeburg am Sonnabend, den 19. August, abends 8 Uhr im Lokale von Müller, Tischlerkrugstraße 22. Tages-Ordnung:

1. Das lehrt die letzte Statistik der Gewerkschaften der Deutschen Reichs bezüglich den Hafenarbeitern? 2. Verhandlungen u. dem Reichstagen. Es wird endlich Zeit, daß die Mitglieder zahlreich und pünktlich erscheinen.

2231 Der Vorstand.

Einige neue gut gearbeitete Blüsch-, Rasier-, Zeichen- und gewöhnliche Sojas sind reichhaltig eingekauft bei

Carl Klotz

Breitweg 107 u. Karlsruherstr. 33. Tel. 134. Abgabe 671.

Achtung!!

Bitte genau auf meine Firma zu achten.

Eislerstraße 11

M. Krümmel.

Keine großen Schaufenster, auch keine Ladenmiete, daher

staunend billig

2226 verkaufe ich sämtliche

Kanarienvögel

kauft fortwährend zu höchstem Preis 2222

J. Tischler, Annastraße 25 II.

Abt. Mittag- u. Abendstich zu 30 u. 40 Schenk- u. Speisewirtschaft Rotkehlstr. 21.

* Anst. Vogls, nach vorn, Knochenhauerstraße 51, v. 2 Tr., 118.

Mitglieder-Versammlung

des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Zahlstelle Neustadt

Sonnabend, den 19. August, abends 8 Uhr bei Frau Fabrikant. 56. Tages-Ordnung:

1. Beratung des letzten Jahresberichts der verschiedenen Abteilungen. 2. Verhandlung über die Verhältnisse der Arbeiterinnen. 3. Bericht über die Verhältnisse.

2230 Die Verwalter.

Billig! Billig!

20 Kinderwagen

werden einzeln mit einer Anzahlung von 100 Mark und wöchentlich Abzahlung von 1.00 Mark an gegeben.

S. Osswald

Ulrichstraße 14

1. Etage gegenüber der Ulrichskirche.

Möbel

kleiderkasten 20, 25 u. 33 Mk. Vertikale 30 u. 35 Mk. Kleiderbügel 18 u. 20 Mk. Kommode 19 Mk. Kleiderbügel 9, 11 bis 20 Mk. Regale 10 Mk. Schränke 10 Mk. Kleiderbügel 20 Mk. Kleiderbügel 3 Mk. an.

Brotal-Divans für nur 24-35 Mk.
Maquet-Divans . . . 55-60 .
Eichen-Divans . . . 65-85 .
Platz-Saraiten von 85-300 .

Stuhlfellen mit Matratzen

für nur 18, 22, 28, 33-40 Mk.
Stuhlfellen 19 Mk. Matratze 11 Mk.
Stuhlfellen 20, 24 u. 30 Mk. Matratze 16-20 Mk. Tisch 8 Mk. Stühle 2 u. 3 Mk.

Eislerstraße 11, 1. Etage.

Suche sofort tücht. Maurer.

2225 S. Klähn, Fernersleben.

Wiktoria-Theater.

Freitag, den 18. August 1899: Benefiz für Herrn Richard W. Mann. Einmalige Aufführung. Am Altar. Schauspiel in 5 Akten von Karl Anders. Hr. M. Seeburg's Geburtst. e. Donn. Seebuch d. e. i. Budau malte u. Magdeburg widerhallt. * Frau Rühro z. ihrem heut. Geburtstage die besten Glückw., daß die Marienstr. wackelt. * D. Ziegen- u. Schweinezüchter R. Neumann ein freies Sängerkoch! Die Kaninchen.

Burg. Ausflug! Burg.

Am Sonntag, den 20. August: Ausflug der Gewerkschaften.

Dreißigste morgens 7 Uhr bei Frau Holzstraße. 2232

Beständige Bewachung erwartet Das Gewerkschafts-Komitee.

Bei ungünstiger Stimmung findet der Ausflug am 27. August statt.

NB. Die Rückkehr erfolgt eine Stunde früher, als im Programm angegeben ist.

Schenswürdigkeiten.

Der Dom unentgeltlich geöffnet von 6 bis 10 Uhr; zu anderen Zeiten Meldung beim 1. Domkustos im südwestlichen Domtrutzgang.

Städtisches Museum (Domplatz): Unentgeltlich geöffnet an Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) von 11 bis 2 und 3 bis 5 Uhr, Sonntags von 11 bis 2 Uhr.

Panorama Magdeburg. Kaiser Wilhelmplatz.

Stadt-Bibliothek. An den Wochentagen geöffnet von 10—2 Uhr.

Denkmäler: Oberbürgermeister Franke, Haffelbach-Brunnen, Luther, Friesen, Bafedow, Zimmermann.

Heinrichshofensche Kunst-Ausstellung Eintritt frei.

Ständige Ausstellung des Kunstvereins im städt. Museum: Geöffnet am Sonntag von 11—2 Uhr, an den Wochentagen von 10—6 Uhr. Nachtes Kunstsalon. Geöffnet Wochentags 8—7 Uhr. Eintritt frei.

Eine Jubiläumsbetrachtung.

Am 28. August wird man in Deutschland die hundert- und fünfzigste Wiederkehr von Goethes Geburtstag an unzähligen Orten und in unzähligen festlichen Veranstaltungen feiern. Seitab stehen werden grollend und unwirsch nur ein paar kleine Häuflein von Feinden der Aufklärung und Volksfreiheit, die „Heiligen und die Ritter“, von denen im zweiten Teil des Faust Goethe den Kanzler an des mittelalterlichen Deutschen Kaisers Hofe die Worte sprechen läßt:

Natur und Geist — so spricht man nicht zu Christen.
Deshalb verbrennt man Athesisten,
Weil solche Reden höchst gefährlich sind.
Natur ist Stände, Geist ist Teufel;
Sie hegen zwischen sich den Zweifel,
Ihr mißgestaltet Zwitwergkind.
Und nicht so! — Kaisers alten Landen
Sind zwei Geschlechter uns entstanden,
Sie füßen würdig seinen Thron:
Die Heiligen sind es und die Ritter,
Sie stehen jedem Ungewitter
Und nehmen Kirch' und Staat zum Lohn.

Paßt das nicht noch auch auf unsere Tage? Und wie sollten die „Heiligen“ unserer Zeit nicht noch Anstoß nehmen an manchem staatsweisen Wort, das Goethe, der ja selber ein Staatsmann und ein höchst wohlthätig und fördernd wirkender Staatsmann gewesen ist, geschrieben hat? Man nehme ein anderes Faustwort, das dem Mephistopheles in den Mund gelegt ist:

Natürlich, daß ein Hauptverdruß
Das Leben Dir vergällen muß.
Wer leugnets! Jedem edlen Ohr
Kommt das Geklingel*) widrig vor.
Und das verfluchte Bim — Baum — Himmel
Unnützlich heitern Abendhimmel,
Nicht sich in jegliches Begebenis,
Zum ersten Bad bis zum Begräbnis,
Als wäre zwischen Bim und Baum,
Das Leben ein verscholl'ner Traum.

Mit diesen Worten will Goethe das nämliche sagen, was er einst an seine fromme Freundin, die Herrenhuterin Fräulein von Kleitenberg schrieb in abfälliger Kritik über die Geistesarmut gewisser stillfrommer Leute, die er im Eliaß kennen gelernt hatte: „(Es sind) lauter Leute von mächtigem Verstand, die mit der ersten Religionsempfindung auch den ersten vernünftigen Gedanken dachten, und nun meinen, das wäre alles, weil sie sonst von nichts wissen!“

Er selbst nannte sich zwar keinen Widerchristen, keinen Uchristen, aber einen decidierten Nichtchristen. Daß er trotzdem eine tiefere, echte Religiosität besaß, als Tausend Formelchristen, das ist über allem Zweifel erhaben, wofür unzählige Beweise aus den Werken und dem Wirken Goethes beizubringen wären.

Freilich hat Goethe daneben auch einmal an den übereifrigen Sabater geschrieben: „Du nennst das Evangelium Wahrheit, die göttliche Wahrheit; mich würden vernünftliche Stimmen vom Himmel nicht überzeugen, daß das Wasser brennt und das Feuer löscht, daß ein Weib ohne Mann gebiert und daß ein Loter aufersteht! Vielmehr halte ich dieses für Lasterungen gegen den großen Gott und seine Offenbarung in der Natur. In diesem meinem Glauben ist es mir ebenso heftig Ernst, wie Dir in dem Deinen. . . Du findest nichts schöner als das Evangelium — ich finde tausend Blätter alter und neuer von Gott begnadigter Menschen ebenso schön und der Menschheit nützlich und unentbehrlich.“

Wir haben ja im Deutschen Reichstage aus Anlaß der

*) Der Gloden des Kirchleins des alten Ehepaars Philemon und Baucis, deren kleines Antwefen Faust seinem Herrschaftsgebiet einverleibt sehen möchte.

Frage, ob das Reich zu dem für Straßburg geplanten Goethedenkmal einen Beitrag von 50000 Mark leisten solle oder nicht, neuerlich erst die „Heiligen und Ritter“ an der Arbeit gesehen!

Mit desto wichtigerer zwölf Pastorenlungenkraft möchten nun vielleicht die Liberalen und die Anhänger des leichten Aufklärichts und der lendenlahmen Freidenterei den „großen Heiden“ für sich in Anspruch nehmen. Und gewiß werden wir wahre Orgien des sich selbst beweihräuchernden bürgerlichen Bildungsbünkels erleben. Wenn aber Goethe etwas ganz gewiß nicht und nie gewesen ist, so ein hoher gespreizter Bildungsphilister, der sich auf seine „Ehrbarkeit“ und Tüchtigkeit wer weiß was zu Gute thut. Was es mit dieser bürgerlichen Moral für eine Bewandnis hat, das hat Goethe schon sehr frühe erkannt. Aus seiner Jünglingszeit berichtet er in seiner Selbstbiographie: „Bei meiner Geschichte mit Gretchen (jener ersten in Faust verkörperten Jugendliebe) hatte ich zeitig in die seltsamen Vorgänge geblickt, mit welchen die menschliche Societät unterminiert ist. Religion, Sitte, Gesetz, Stand, Verhältnisse, Gewohnheit — alles beherrscht nur die Oberfläche des städtischen Daseins. Die von herrlichen Häusern eingefakten Sträßen werden reinlich gehalten und jedermann betragt sich dabelbst anständig genug: aber im Innern sieht es oft um desto wüster aus und ein glattes Neßkete übertrücht als ein schwacher Bewurf manches morsche Gemäuer, das über Nacht zusammenstürzt und eine desto schrecklichere Wirkung hervorbringt, als es mitten in einem friedlichen Zustand hervorbricht. Wie viele Familien hatte ich schon durch Bankrotte, Ehescheidungen, verführte Töchter, Morde, Hausdiebstähle, Vergiftungen entweder ins Verderben stürzen oder auf dem Rande kümmerlich sich halten sehen, und hatte, so jung ich war, in solchen Fällen zur Rettung und Hilfe öfters die Hand geboten.“

Zahllos aber sind die Stellen in Goethes Schriften, an denen er seiner Achtung und liebevollen Teilnahme für die arbeitenden Schichten des Volkes Ausdruck giebt.

Müssen wir nicht geradezu den vorschauenden Blick Goethes bewundern, mit dem er die Entfaltung des Industrialismus und des Maschinenwesens und deren unheilvolle Folgeerscheinungen für das Volk bei kapitalistischem Betriebe in Wilhelm Meisters Wanderjahren (drittes Buch, 5. Kapitel) schildert, wo es heißt: „Vom Kriege wollte jedermann wissen, der glücklicherweise sehr entfernt geführt wurde und auch näher solchen Gegenden kaum gefährlich gewesen wäre. Sie freuten sich jedoch des Friedens, obgleich in Sorge wegen einer andern drohenden Gefahr; denn es war nicht zu leugnen, das Maschinenwesen vermehre sich immer im Lande und bedrohe die arbeitsamen Hände nach und nach mit Unthätigkeit.“

Und im 13. Kapitel legt Goethe einer der Personen des Romans folgende Betrachtungen und Klagen in den Mund: „Das überhand nehmende Maschinenwesen quält und ängstigt mich, es wälzt sich heran wie ein Gewitter, langsam, langsam, aber es hat seine Richtung genommen, es wird kommen treffen. Man denkt daran, man spricht davon und weder Denken noch Reden kann Hilfe bringen. Und wer möchte sich solche Schrecknisse gern vergegenwärtigen? Denken Sie, daß viele Thäler sich durchs Gebirge schlingen, wie das, wodurch Sie herabkamen; noch schwelt ihnen das hübsche frohe Leben vor, das Sie diese Tage her dort gesehen, denken Sie, wie das nach und nach zusammensinken, absterben, die Dede, durch Jahrhunderte belebt und bevölkert, wieder in ihre uralte Einsamkeit zurückfallen werde. . . Ich weiß recht gut, daß man in der Nähe mit dem Gedanken umgeht, selbst Maschinen zu errichten und die Nahrung der Menge an sich zu reißen. Ich kann niemandem

bereden, daß er sich für seinen eigenen nächsten hält; aber ich käme mir verächtlich vor, sollt' ich diese guten Menschen plündern und sie zuletzt arm und hilflos wandern sehen. . .“

Bei einer Feuersbrunst in der Judengasse zu Frankfurt a. M. half Goethe thätig mit und berichtet voll Nahrung einem Freunde: „Ich habe bei dieser Gelegenheit das gemeine Volk wieder näher kennen gelernt, und bin aber- und abermals vergewissert worden, daß das doch die besten Menschen sind.“

Solche Zeugnisse für Goethes Liebe zu „jenem ehrwürdigen Teil der Nation, den wir Volk nennen“ — um mit Herders, seines Freundes, Worten zu reden — geben auch diesem arbeiter-ehrwürdigen Teile deutscher Nation, den deutschen Arbeitern ein Recht, am 28. August dieses Jahres dankbar und verehrend ihres größten Dichters zu gedenken, der sein ganzes Volk, ja die ganze Menschheit mit seinem großen, edlen Herzen umfaßte und für sie gelebt und gewirkt hat. —

Aus der Parteibewegung.

Ein bemerkenswertes Eingeständnis finden wir im Dresdener Journal. Das Blatt veröffentlicht einen ihm aus konservativen Kreisen zugegangenen Artikel über „Sozialdemokratische Rührigkeit“, worin es heißt: „Muß man den Staat bei jeder Kleinigkeit um Hilfe gegen die Sozialdemokratie an, so giebt man sich selbst eine starke Blöße an und darf sich nicht wundern, wenn die Sozialdemokraten über solche Mutlosigkeit spotten und ein immer mehr gehobenes Selbstgefühl zur Schau tragen. Das Hauptübel, an dem unsere inneren Zustände krankt und dem die Sozialdemokratie wesentlich ihre Erfolge verdankt, ist die Interesselosigkeit weiter Kreise der Bevölkerung. Nur zwei Parteien giebt es, die ihren Anhang sicher in der Hand haben: das Centrum und die Sozialdemokratie. Mit den Mitteln dieser Parteien zu arbeiten, ihnen ihre Organisationen und ihren „Einfluß“ nachzumachen, wäre vergebliches Bemühen.“ Wir quittieren dankend über das Eingeständnis, daß die konservative Politik geistig bankrott ist und sich nur noch mit mechanischen Mitteln behaupten kann. —

Die „sozialdemokratische Opferwilligkeit“ geht den Hamburger Nachrichten wider den Strich. Der Bismarckmoniteur rechnet seinen Lesern an den eingegangenen Geldern für die dänischen Ausgesperrten vor, „welche große Summen die Genossen bei jeder nur möglichen Gelegenheit aufbringen“, um daran die weiße Bemerkung zu knüpfen, diese Opferwilligkeit sei ein Beweis dafür, daß die Löhne denn doch nicht so niedrig sind, wie die Arbeiter stets behaupten; denn fast jeder dieser Arbeiter bezahle außerdem noch für seine Gewerkschaft und für die Partei. Die Opferwilligkeit der Arbeiter hat mit deren Löhnen nichts zu thun. Es ist gar nichts Seltenes, daß Arbeiter mit geringen Löhnen opferwilliger sind als solche mit hohen Löhnen. Entgegenstehend ist lediglich der gute Geist, der in den Arbeitern steckt und sie zur Opferwilligkeit für die gute und gerechte Sache der ehrlichen Arbeit entflammt. So etwas ist natürlich in den Kreisen der Hamburger Nachrichten unbekannt, denn dort spielt die Opferwilligkeit nur immer dann eine Rolle, wenn als Gegenleistung irgend ein Vorteil in Aussicht steht, dort muß selbst die „Wohlthätigkeit“ Profit abwerfen. —

Ueber sozialdemokratischen Terrorismus wußte vor einigen Tagen die Märkische Volks-Zeitung ihren Lesern eine schaurige Geschichte zu erzählen. In der Zubereitbarkeit der Berichterstattung solcher Vorgänge wetteifert das

Feuilleton.

Selene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.
(67. Fortsetzung.)

Helenens Gesicht verzerrt sich in bitterster Seelenqual. Dann wirft sie wie im wilden Tros, der nach nichts mehr fragt, den Kopf zurück.

Was liegt daran! wenn sie tot ist, wird sich niemand darum bekümmern, ob sie oder schlecht war, wer wird überhaupt nach einem solchen Nichts fragen, wie sie es gewesen!

Und warum will sie auch nur einen Augenblick länger dies erbärmliche Dasein ertragen?

Einige Schritte von hier, in ihrem Schranke verwahrt sie ein Fläschchen mit Morphinum, zehn Tropfen hat ihr der Arzt verordnet, sie wird es auf einmal leeren und alles ist vorüber.

Sie will sich erheben, aber ihre Glieder sind von dem inneren Kampfe wie gelähmt, und sie bringt es nur zu einer händeringenden Geberde der Verzweiflung.

Ihr Stuhl schaukelt leise, und in plötzlicher Ermattung läßt sie sich wieder in denselben zurückfallen.

Ja, so hatte sie sich bisher immer einlassen lassen von Trägheit und Feigheit — wird es jetzt auch so sein?

Plötzlich zuckt sie zusammen, ihre Augen vergrößern sich, sie beugt sich vor und horcht.

Sie hat leise, vorsichtige Schritte vernommen, und wie sie jetzt aus ihrem dunklen Winkel durch ein auf den Balkon gehendes Fenster in die erleuchtete Stube hineinblickt, steht sie einen Schatten die Wände entlang gleiten.

Es ist Morre.

Ihr stockt das Blut.

So weit ist's gekommen! Mächtlicher Weise schleicht man sich zu ihr, wie zu einer Dirne — das ist das Ende von allem. Die Schritte nähern sich der Thür — im nächsten Augenblick wird er an ihrer Seite sein.

Sie denkt nicht mehr und folgert nicht, in Wellen flutet es ihr zum Herzen, ein Bittern überfällt sie, sie erwartet ihn wie ein Verurteilter den Todesstreich.

Da zuckt ein rothflammender Blick gerade vor ihr her nieder, und Blick und Schlag sind eins.

Das Haus erzittert in seinen Mauern, während sie in halber Bewußtlosigkeit in den Sessel zurückstinkt, mit geschlossenen Augen.

Aber gleich darauf reißt sie sie wieder auf, von dem Feuerchein geblendet.

Der Blick hat eingeschlagen und gezündet.

An der Straße unweit des Hauses steht eine Telegraphenstange in Flammen.

Niemand denkt daran, sie zu löschen.

Herzueilende umringen einen Wagen, der eben die Straße heraufgekommen war und dicht bei der Stange Halt gemacht hat.

Sie rufen einander zu in Verwirrung und Schreck — da ist ein Unglück geschehen — der Blick hat getödtet.

Sie springt empor.

Wille und Kraft ist ihr wiedergekehrt, zugleich mit der herzerzitternden Angst um ein Menschenleben.

Ohne Jagen betritt sie die Stube. . . sie ist leer. Wie ein Dieb hatte sich Morre hineingeschlichen und wie ein solcher wieder davongemacht, als der Blitzschlag das Haus alarmierte. Er hatte die nicht entdeckt, die er suchte,

denn auf dem Balkon, dem Unwetter preisgegeben, hatte er sie nicht einmal vermuten können.

Sie dachte nicht weiter an ihn, sie stürzte gegen die Thür.

Sophie kam ihr entgegen.

„Gnädige Frau, erschrecken Sie nicht — sie bringen ihn — aber das Pferd ist tot.“

Sie hielt sich bei dem sinnlosen Berichte nicht auf; schon hatte sie die Thür nach dem Vorhause aufgestoßen und befand sich zwei Männern gegenüber, die einen dritten, den sie aus dem Wagen gehoben hatten, in ihren Armen hielten.

Es war Max Gebhart.

Einige Minuten später befindet er sich in sorgfältiger Lagerung auf Helenens Bette.

Er ist unverfehrt. Der vor ihm niederfahrende Blickschlag, der das Pferd gestreift und getödtet, hatte ihn nur vorübergehend betäubt; sein Herz schlägt schwach, aber ruhig. Zu seinem Haupte brennt eine Lampe mit mattem Glas.

Selene ist allein bei ihm, sie sitzt an dem Bette und blickt unverwandt in sein blaßes Gesicht, mit den bläulichen Schatten um die tief eingesenken, geschlossenen Augen. Es schien ihr das eines Sterbenden.

Sie hatte ihm mit Essig die Stirne gewaschen und die feuchten Tropfen hingen noch in seinen Haaren. Sie erhebt sich und sich über ihn bendend, wischt sie sie in leiser Berührung hinweg und streicht ihm das Haar aus der Stirn.

Da öffnet er die Augen und blickt voll in die ihrigen, die in Thränen stehen, voll inniger Sorge und unendlichem Mitleid.

Er hat ein seliges Lächeln.

(Fortsetzung folgt.)

Blatt mit der Denkschrift des Herrn v. Pobjadomsky und man ist im Zweifel, welchem von beiden die größere Geschicklichkeit im Fabulieren gebührt. Die Bemühungen des Centrumsorgans, seine dem „Arbeiterchutz“ angehörige Mitglieder als Verfolgte und Märtyrer einer heiligen Sache darzustellen, ist sehr durchsichtig, jedoch steht die Propaganda mit der Wahrheit auf gespanntem Fuß. Der neue Fall sozialdemokratischer Terrorismus sollte sich in dem Geschäft von George u. Nikolas, Berlin, Frankfurterstraße, ereignet haben. Wie das Centrumsblatt berichtet, sollten hier die Zimmerer die Entlassung eines Kollegen durchgeführt haben, der dem katholischen Verein „Arbeiterchutz“ angehörte. Wie der Vorwärts durch eigene Informationen feststellen konnte, weiß weder der Meister noch der Polier etwas von einem derartigen Vorgang. Der Mann wurde als „Jüngster“ entlassen, weil es an Beschäftigung fehlte. Die ganze Geschichte ist also erfunden, vielleicht von dem Mitglied des „Arbeiterchutz“, um sich eine Unterstützung im Verein zu ergattern.

Sollte Herr v. Pobjadomsky in Verlegenheit sein, neues Material für die Buchhausvorlage herbeizuschaffen, wir könnten ihm die Mitarbeiterschaft des Centrumsblattes empfehlen, am nötigen Talent für solche Dinge fehlt es ihm nicht; fast scheint es, als ob es sich bemüht, dem Flugschriftfabrikanten Hülle den Rang abzulaufen.

Soziale Bewegung.

Der heutige Arbeitsmarkt zeigt gegenwärtig ein Bild mit widerspruchsvollen Zügen, die in der Berliner Monatschrift Der Arbeitsmarkt zusammengefaßt werden. In der gesamten Berg- und Metallindustrie einerseits flotteste Geschäftszug, andererseits die nun nicht mehr neue Erscheinung, daß bei dem intensiven Verbrauch an Kohle und Halbzeug Mangel eintritt und Arbeitslosigkeit nach sich zieht. In der Textilindustrie, die bisher an dem allgemeinen Aufblühen nicht teilnahm, schlägt die Lage schnell um. — Die weitere Gestaltung des Arbeitsmarktes wird zum Teil von der des Geldmarktes abhängen. Die Reichsbank hat am 7. August den amtlichen Bank-Zinsfuß von 4 1/2 auf 5 Prozent erhöht. Die Maßregel hat zwar nur den Zweck, einen drohenden Goldabfluß nach England zu verhindern. Wenn sich aber daraus ein Wettlauf zwischen englischen und deutschen Banken und eine Verflechtung des Geldmarktes entwickelt, so ist der Rückschlag auf die Industrie und damit auf den Arbeitsmarkt unvermeidlich. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in den Krankenkassen, die sich vom 1. Juli auf den 1. August im Vorjahre um 0,4 Prozent gesteigert hatte, ist in diesem Jahre um ebensoviel zurückgegangen. Bei den Arbeitsnachweisen decken sich im Juli ungefähr Angebot und Nachfrage (während im Vorjahr Ueberfluß war); auf 100 offene Stellen kamen 100,7 Bewerber (gegen 112,5 im Vorjahre).

Die Forderungen der Bauarbeiter in Berlin hat ein Teil der Arbeitgeber in 27 Werkstätten mit 384 Tischlern bewilligt. Nicht bewilligt wurden die Forderungen in 53 Werkstätten mit 625 Tischlern; 24 Tischler arbeiteten weiter. In Charlottenburg haben in 6 Werkstätten 73 Tischler die Arbeit niedergelegt. In der siebenten Werkstätte legten vier Mitglieder des Verbandes die Arbeit nieder, während die nicht organisierten zu den alten Bedingungen weiter arbeiteten. In Hixdorf sind die Forderungen in drei Werkstätten mit 56 Tischlern bewilligt worden, in sieben Werkstätten mit 71 Tischlern nicht. In Weissensee streiken 56 Tischler in sechs Werkstätten.

Die Lohnbewegung der Klempner in Stuttgart ist beendet, die Arbeit ist am Montag wieder aufgenommen worden. Die schriftlich vereinbarten Friedensbedingungen lauten: 1. Die Vertreter der Arbeiter verzichten für jetzt auf die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit als sechs Stunden, werden aber auf die Forderung zurückkommen, wenn bei den Meistern, Steinmetzen oder Zimmerern eine verkürzte Arbeitszeit vereinbart wird; die Vertreter der Arbeitgeber erklären sich ihrerseits bereit, eine Verkürzung der Arbeitszeit zuzugestehen, sobald solche auch im gesamten Baugewerbe Platz greift. 2. Für Ueberstunden wird bis 9 Uhr abends 25 Prozent, nach 9 Uhr abends, sowie für Sonntagsarbeit 50 Prozent Lohnzuschlag bezahlt. 3. Für die zur Zeit des Ausbruchs des Streiks bezahlten Kater- und Tagelöhne wird eine Lohnrückzahlung von 10 Prozent gewährt. 4. Es wird ein Minimumlohn in Höhe des jeweiligen üblichen Tagelohns bezahlt. 5. Es wird achtstündige Lohnzahlung verabredet; bis dahin hat je Freitagabend sofort nach Schluß der Arbeit zu erfolgen. 6. Bei unspätigen Arbeiten wird ein Lohnzuschlag von 20 Prozent, mit Ueberstunden von 45 Prozent gewährt. 7. Es wird gemeinschaftlich eine für sämtliche hiesigen Klempner- und Installationsgeschäfte gültige Tarifordnung aufgestellt. Mit diesen Vereinbarungen erklären beide Parteien den Streik für beendet. Eine Benachteiligung oder Belästigung wegen des Streiks oder wegen Vorlesungen während desselben darf beiderseits nicht stattfinden.

Zwei Meistern in Lüneburg wurden zu je einer Woche Gefängnis verurteilt, weil sie einen Arbeitswilligen bedroht haben sollen. Der Bedrohte hatte keine Anzeige erstattet. Der Staatsanwalt hatte auch Anzeige erhoben wegen Hausfriedensbruchs, weil sie neben dem unriedlichen Bestreben des Unternehmers getrieben hätten, so zu ihr Verbote zu geben. Von dieser Anzeige wurden sie jedoch freigesprochen.

Zukunftsaussichtliches. Die Dienstbotenbewegung hat unter dem Publikum eines Berliner Scherenschnittes eine Wirkung hervorgerufen, auf die selbst der höchste Optimist unter unseren Parteigenossen wohl kaum zu rechnen wagt. In den Berliner Neuesten Nachrichten schlägt nämlich ein geistreicher Leser vor, sich geradezu dem sozialdemokratischen Zukunftsaussicht anzuschließen, indem seine Sporen unter der gleichen Beherrschung schon sichtbar sind. In der heutigen Morgen-Angabe heißt es: „Es liegt unermesslich ein Mangel an

guten Köchinnen vor, es ist daher den Müttern dringend zu empfehlen, daß sie ihren Töchtern Unterricht im Kochen erteilen lassen, damit, wenn die Köchin krank wird, beurlaubt ist oder davon läuft, die Familie mit dem Mittagessen nicht in Verlegenheit kommt. Vielleicht entschließt man sich auch in Berlin ähnliche Einrichtungen zu treffen, wie in Paris, London und Amerika, wo es große Speise-Anstalten giebt, in denen die Familie täglich für ein Billiges eine nahrhafte und billige Kost findet. Wenn früher von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen wurde, wie unökonomisch sich das Familienleben in der alten Welt gestalte, wie die Sorge und Mühe um Erhaltung des heutigen Familienlebens die Hausfrau zwingt, den größten Teil ihrer Zeit und dazu eine Menge Geld in der Küche zu verschwenden — dann kamen die bürgerlichen Kämpen mit dem Schreckbild des großen Erbsentopfes, aus dem die sozialdemokratischen Zerstörer der Familie zuchthausmäßig die bellagerten Angehörigen des Zwangsstaates der Zukunft abgefüttert wissen wollten. Und heute empfiehlt ein geüßligtes Ordnungsgemüt der Familie im vollen Ernst und mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die ökonomischen Vorteile, sich auf die Benutzung „großer Speise-Anstalten“ einzurichten! Vielleicht schenkt der Leser der Neuesten Nachrichten vollends ins sozialdemokratische Lager ab, wenn wir ihm das Versprechen geben, daß seine nicht allein in Französisch und Klavier, sondern auch in der Kochkunst approbierten Töchter in der Speise-Anstalt des Zukunftsstaates eine lohnende und in jeder Beziehung angenehme Stellung finden sollen.

Zur Abhilfe gegen die Leutenot in der Landwirtschaft ist vorgeschlagen worden, anstatt der Zuziehung russisch-polnischer Hilfskräfte einen Versuch mit schwedischen oder italienischen Arbeitern zu machen. Nun können aber leider die Schweden aus dem triftigen Grunde nicht in Betracht kommen, weil sie für die Landwirte zu teuer sind. Um so mehr hat sich die Aufmerksamkeit den Italienern zugewandt. Der im vorigen Jahre gegründete „Verein für deutsche Wanderungspolitik“ teilt der Nationalliberalen Korrespondenz darüber folgendes mit:

Da von der italienischen Landbevölkerung jährlich etwa 100 000 Köpfe durch die ungeligen Verhältnisse auf ihrer Scholle zur Auswanderung veranlaßt werden, die durch ein ausgedehntes Agentenwesen überwiegend nach Argentinien gelockt werden, so sind jetzt an Ort und Stelle Untersuchungen angestellt worden, ob und welche Teile dieser Landflüchtigen sich zur Verwendung als landwirtschaftliche Arbeiter in Deutschland eignen würden. Es hat sich ergeben, daß die Landlenie aus gewissen Teilen Italiens nach der ganzen Art ihrer dortigen Wirtschaft in der deutschen Landwirtschaft sehr gut verwendbar und als anspruchslos, fleißig und nuchterne Arbeiter nur willkommen waren. Daraufhin hat der genannte Verein kürzlich eine Umfrage bei verschiedenen maßgebenden Stellen veranstaltet, um festzustellen, ob schon jetzt irgend welche Schritte gethan sind, um die Lenkung eines Teiles jener italienischen Arbeiter in die unter der Leutenot besonders leidenden deutschen Agrarbezirke anzubahnen. Das Ergebnis ist, daß solche Schritte bisher nicht bekannt geworden, daß aber für das nächste Jahr Maßnahmen in dieser Richtung zu erwarten sind. U. a. schreibt die Westpreussische Landwirtschaftskammer, daß „bisher der Bedarf landlicher Arbeiter aus Ausland gedeckt wurde. Weil die russisch-polnischen Arbeiter jedoch minderer Qualität sind und auch ihre Versorgung mit mancherlei Umständen verknüpft und ihre Anweisung aus nationalen Rücksichten nicht angängig ist, wird es wohl nur eine Frage der Zeit sein, daß die Landwirte Westpreußens an einen weiteren Ertrag aus anderen Ländern denken müssen“, d. h. in erster Linie aus Italien. Auch an anderen Stellen haben die durch die Leutenot veranlaßten außerordentlichen Schwierigkeiten bei der diesjährigen Ernte dazu geführt, daß der Frage der Herbeiziehung italienischer Landarbeiter näher getreten wird, und praktische Schritte vorbereitet werden.

Also die russisch-polnischen Hilfskräfte sind den Agrariern zu teuer, die schwedischen Hilfskräfte gleichfalls, deshalb — hier mit den Italienern, sie sind „anspruchlos“, „fleißig“, „nuchtern“ und „sehr gut verwendbar“. Die Landarbeiter werden sich also mit noch niedrigeren Löhnen begnügen müssen. Die Folgen werden nicht ausbleiben.

XII. ordentlicher Verbandstag des Central-Verbandes Deutscher Bäcker-Zunungen „Germania“.

14. bis 16. August 1909 in Magdeburg.

Germania, verleihe Dein Herz!
So mag jeder, der seinen Blick vorwärts richtet, sagen, wenn Germania im Geiste der „Germania“ leben würde. Das germanische Volk würde ja dann nicht ein Volk von Däumeln, sondern ein Volk sein, das die Reize, Raben und Fesseln, jeden Fortschritt als eine Gefahr betrachtet, jeden Fortschritt und nützlichen Gedanken und Handlungen dem konservativen Prinzipien überlassen würde. Namentlich der Lebenszustand würde ein Stand der Idioten und Sklaven sein, welcher unerbittlich zum Ziele der Sozialisten führen würde. Die Sozialisten besitzen alles, was gegen ihre ungeliebten Feinde steht, in jedem sozialreformatorischen Schritt, als einen sozialistischen.

Der erste Tag der Verhandlungen (der bedeutungsvollste und am meisten interessanter) wurde unter dem Zeichen der Sozialisten (d. h. der roten) verlaufen. Die Redemänner bestanden alles, was gegen ihre ungeliebten Feinde steht, in jedem sozialreformatorischen Schritt, als einen sozialistischen.

manen“, die nur das Alte verehren und das Neue wie alte Weiber fleischlich betrachten, aber doch niemals dem Bedürfnisse moderner Geister entsprechen; unsere Leser sollen durch weitere Berichte nicht so gelangweilt werden, wie ein großer Teil der „Germania“-Delegierten gegen den gescheiterten Anschließ der Sonne- und Festtagsruhe- und Konsumvereine. Es ist nämlich Tatsache gewesen, daß die Redner, welche über die besagten Gegenstände referierten, unter der denkbar größten Unaufmerksamkeit der Delegierten „schwafelten“. Die Redner waren ja auch ganz dazu angehan, Interesslosigkeit zu beanpruchten.

Und im Anschluß an solche Reden erfolgten dann Proteste, welche zur weiteren gesetzgeberischen Bemerkung der Regierung überhandt werden sollen. Und wie solche Proteste zu Stande kommen, wie sie zu „schäßen“ sind, mag folgende wortgetreue Schilderung sagen, die wir aus der Berichterstattung über die Proteste gegen die Sonne- und Festtagsruhe herausgreifen:

Vors.: „Wer für die Ausarbeitung und Abfindung der Protesteingabe ist, möge sich erheben!“

Es erhoben sich von 449 Delegierten etwa 50.

Vors.: „M. S.! Das ist die Minorität!“

(Die Ausarbeitung und Abfindung war also abgelehnt.)

Vors.: „M. S.! Wer ist gegen die Ausarbeitung und Abfindung des Protestes?“

Es erhoben sich abermals nur etwa 50 Delegierte.

Vors.: „M. S.! Das ist die Minorität! Somit ist die Abfindung der Petition gegen die Sonne- und Festtagsruhe beschlossen!“

Nun wandert also diese Petition gegen die Sonne- und Festtagsruhe sicher zur Regierung und in den Reichstag mit dem Hinweis, daß die „Germania“, die diesen Protest beschlossen haben soll, 32 000 Mitglieder zählt. Gewiß ein recht wertvoller Protest!

Dieses zur Kenntnisnahme der „Proteste“ und Beschlüsse der „Germania“.

Alle diese Beschlüsse bewegen sich gegen die Interessen der Arbeiter. Die Bundesratsverordnung soll entweder ganz aufgehoben oder zu Ungunsten der mit langer Arbeitszeit belagerten Gesellen abgeändert werden; die Ruhezeit soll verkürzt und für die Gesellen, welche die Bundesratsverordnung verletzen, eine Strafmöglichkeit geschaffen werden; die Sonne- und Festtagsruhe soll beseitigt oder arg beschnitten werden; der gesetzliche Ladenschluß soll nicht zu Stande kommen. Weiter wurde die Vereinigung aller Meisterverbände beschlossen, einmal um gegen die Sozialreform vorgehen zu können, das andere Mal, um „die Wähler besser auszunutzen“. Den Schluß der arbeitereindlichen Beschlüsse bildete eine Resolution gegen die Konsum- und Rabat-Sparvereine und vor allem der Beschluß, einen Streikfonds zu gründen. Jeder Meister hat gemäß dieses Beschlusses drei Jahre hindurch pro Jahr 50 Pf. Streikbeitrag zu zahlen. Da die Hälfte der Delegierten den Saal verlassen hatte, stimmte nur der halbe Verbandstag für den Streikfonds.

Die Gesellen und die Konsumenten der Bäckermeister wissen nun also ganz genau, was sie von den Herren von Brezels Gnaden zu halten haben.

Militärische Nachrichten.

Dem Vorwärts wird aus Marienwerder geschrieben: In der Erntezeit kommen die Agrarier mit ihren eigenen Arbeitskräften, wie die Arbeiterverhältnisse in Ostpreußen nun einmal liegen, nicht im entferntesten aus, ja selbst Russen können sie nicht in genügender Zahl austreiben, so daß sie von den Militärverwaltungen Hilfe erbitten und dieselbe auch dadurch erhalten, daß eine große Zahl Soldaten zu den Ernte-Arbeiten beurlaubt werden. Die Soldaten sind keine gar zu billigen Arbeitskräfte, da sie in den Kasernen schon gelernt haben in Bezug auf die Verpflegung höhere Ansprüche zu stellen, als die Agrarier ihren Arbeitern für gewöhnlich zugestehen. Doch ist die Verwendung von Soldaten für die Besitzer insofern praktisch und schließlich auch profitabel, weil sie nur für Tage, bis die Ernte hereingebracht ist, beschäftigt werden. Indessen auch die Soldaten treiben sich die Agrarier, ebenso wie die heimischen Arbeiter, durch gar zu schlechte Behandlung von ihrem Felde weg, wie folgender Fall beweist. Der Besitzer eines Gutes verlangte 20 Soldaten, es meldeten sich aber nur 9 Artilleristen. Und auch diese arbeiteten nur eine Woche, dann streikten sie. Als sich der Inspektor in der Kaserne erkundigte, weshalb die Soldaten nicht mehr zur Arbeit kämen, erhielt er zur Antwort: Die Leute wollten nicht mehr arbeiten, weil man sie dort mit stinkigem Fleisch gepflegt habe; wenn sie schwer arbeiten sollten, machten sie auch Anspruch auf anständiges Essen. Da werden Chinesen wohl schließlich die einzige Rettung sein.

Zu der achtwöchigen Einbeziehung von 70 Mann Soldaten im Bekleidungsamt über die aktive Dienstzeit hinaus schreibt die Augsburgische Abendzeitung nach Informationen durch die Kriegsverwaltung: „Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß 70 Mann des Bekleidungsamts I. Armeekorps zur Fertigstellung dringender Arbeiten im Anschluß an ihre aktive Dienstzeit eine achtwöchige Reserveübung abliefern. Das ist vollkommen gerechtfertigt, denn § 116 Ziffer 1 der Wehordnung bestimmt, daß jeder Reservist zu zwei Übungen heranzuziehen ist, welche die Dauer von je 8 Wochen nicht überschreiten sollen. Den Termin dieser Übungen festzustellen, ist Sache der Militärverwaltung, diese handelt also keineswegs ihren Befugnissen zuwider, wenn sie eine dieser Übungen gleich der aktiven Dienstzeit folgen läßt.“ Dazu bemerkt die Frankfurter Zeitung: Diese Anschauung des Kriegsministeriums muß bekämpft werden. Das Kriegsministerium könnte nach seiner Auslegung ja jeden Soldaten gleich 16 Wochen über seine aktive Dienstzeit in der Kaserne behalten. Die Übungszeiten müssen doch sinn- und zweckmäßig angeordnet werden d. h. sie müssen tatsächlich in den Verlauf der Reservistenzeit und dürfen nicht in deren Beginn gelegt werden. Militärisch wird für jene 70 Mann der Übungszeit während ihrer Reservezeit hinsichtlich.

In der Stadt Tournai (Belgien) ist es zu einer Ausschreibung der Garde Civique gekommen. Früher war die belgische Bürgergarde eine rein kommunale Einrichtung, die sich zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in bewegten Zeiten behauptet hat. Das kaiserliche Ministerium war, um eine Heeresvermehrung zu vermeiden, auf den Gedanken gekommen, diese Bürgergarde, die nur aus den bemittelteren Bürgern zusammengesetzt ist, militärischer zu gestalten und sie zur Reserve der Armee zu machen. Diese Umgestaltung wurde dazu benutzt, um die Bürgergarde zu klerikalisieren und durch Ernennung geführgestützter klerikaler Offiziere sie der Regierung „dienlich“ zu machen. Die Erfahrung hat bereits den Mißerfolg dieser

Reform erwiesen, und bei den jüngsten Straßenunruhen in Brüssel und bei den Straßenbewegungen in den Provinzialstädten kam es überall zu regierungsfeindlichen Kundgebungen der Bürgergarde. In der großen hennegauschen Stadt Tournai zeigt sich die neugefaltete Bürgergarde besonders widerhaarig. Als kürzlich der die hennegausche Bürgergarde befehligende General Tournay sie besichtigte und seine Ansprache mit einem Hoch auf den König schloß, blieb alles stumm. Nur zwei Offiziere stimmten in den Ruf schüchtern ein; General Tournay ritt schleunigst davon. Jetzt wurde der Bürgergarde kundgethan, daß im nächsten Monat an sechs Tagen Gesamtübungen stattfinden sollen. Da die anberaumten Übungstage mit der Kirmees in Tournai zusammenfielen, so herrschte unter der Bürgergarde die größte Gährung. Um sie zu beschwichtigen, berief ihr Oberst Messdag alle Bürgergardisten zu einem Referendum nach dem Rathause. Zwei Hauptleute führten den Vorsitz in dieser Versammlung, zu der 200 Bürgergardisten erschienen waren. Als über die Übungen verhandelt werden sollte, entstand ein unbeschreiblicher Lärm. Schreie, Pöffe, Zischen, Tierlaute erklangen. Schließlich gelang es den Hauptleuten, eine Mehrheit für entfernter gelegene Tage zusammenzubringen, aber die Bürgergardisten stimmten eine rauschende Parade an und gingen mit den Rufen: „Nieder mit dem Ministerium!“ „Nieder mit den Übungen!“ auseinander.

Gerichtliche Urteile.

Gewerbegericht Magdeburg.

Reise lohn im Betrage von 1.32 Mark ist dem Arbeiter B. von der Schuhwarenfabrik Kly einbehalten, weil er vor längerer Zeit fehlerhafte Arbeit geliefert habe. Kläger behauptet, daß ihm die Arbeit damals anstandslos abgenommen sei. Der Beklagte wird zur Zahlung von 1.32 Mk. verurteilt. Der Kläger hätte sofort auf die Fehler aufmerksam gemacht werden müssen und nicht erst nach mehreren Zahlungsperioden.

Ohne Kündigung entlassen ist der Fleischergehilfe B. von dem Fleischermeister Rößbach. Er verlangt für neun Tage 47 Mark Lohnentziehung, wird aber mit seiner Forderung abgewiesen, da die Kündigung, wie durch eine Zeugin bestätigt wurde, ausgeschlossen war.

Ein Prozeß wegen Gattenmordversuches steht dem Berliner Tageblatt zufolge demnächst vor dem Schwurgericht in Liegnitz bevor. Der Schauplatz der Ereignisse ist das im Landkreis Liegnitz gelegene Rittergut Nieder-Schützen-dorf, Herrn Berndt gehörig, und der Thatbestand ergibt sich zum Teil aus der folgenden am Gerichtstretscham in Nieder-Schützen-dorf angehängten Bekanntmachung des Ersten Staatsanwalts in Liegnitz: „Am 2. Juli 1899 sowie am 18. Juli 1899 erkrankten in dem Hause des Rittergutsbesizers Berndt in Nieder-Schützen-dorf nach dem Genusse der zu Mittag bzw. zur Vesper aufgetragenen Speisen mehrere Hausbewohner des Berndt. In beiden Fällen hatten die Speisen — im ersten Falle Sauce und Schweinebraten, im zweiten Falle Butter, welche zum Bestreichen des Brotes dienen sollte — einen intensiven Geschmack, aus welchen Magenschmerzen und Erbrechen folgten. Hundes, welchen von beiden Speisen gegeben wurde, verendeten halb nach dem Genusse. Eine Untersuchung der gedachten Speisereste durch das chemische Untersuchungsamt der Stadt Breslau ergab sowohl in diesen, wie auch in den Hundekadavern Reste von Strychnin. Die bisherigen Ermittlungen haben Anhaltspunkte für die Thäterschaft einer Person nicht ergeben. Ich bringe diesen Vorfall zur öffentlichen Kenntnis und bemerke, daß der Rittergutsbesitzer Herr Berndt in Nieder-Schützen-dorf eine Belohnung von 150 Mark auf die Entdeckung des Thäters ausgesetzt hat.“ Man glaubt nun, daß die hier berichteten Vergiftungen Versuche gewesen sind, die sich gegen das Leben des Rittergutsbesizers Berndt richteten, und die ausgingen von dessen Frau und dem Inspektor des Gutes, Namens Markwitz. Sowohl die Frau, wie den Markwitz hat Herr Berndt schon vor einiger Zeit aus seinem Hause entfernt. Markwitz, der sich inzwischen in Breslau aufgehalten hatte, ist dort bereits verhaftet, von Breslau nach Liegnitz überführt und in das dortige Gefängnis eingeliefert worden.

Gesetzeskunde.

Das Mietrecht im bürgerlichen Gesetzbuche.*)

Der Mediziner rechnet aus, daß der erwachsene Mensch einen 35 Kubikmeter enthaltenden Schlafräum haben muß; ein so großer Raum ist nötig, um dem Schlafenden Sauerstoff in genügender Menge zuzuführen. In den Gefängnissen und Kasernen ist wenigstens ein Raum von 20—30 Kubikmetern gewährt. Weit, weit schlechter ist es aber in dieser Beziehung um die kinderreichen Familien der Arbeiter bestellt, denn diese haben kein Geld, um eine ausreichend große Wohnung zu bezahlen.

Die Gefahren, die aus ungenügenden Wohnräumen entstehen, sind bekannt. Die Kindersterblichkeit ist stark, es kommen viele Erkrankungen der Atmungsorgane vor; die Schwindsucht sucht sich in solchen Wohnungen ihre Opfer. Bestrebungen, der Wohnungsamisse abzuwehren, sind viele zu Tage getreten, u. a. auch darin, daß Fabrikanten für ihre Arbeiter bauen lassen. Damit geraten aber die Arbeiter in ein schweres Abhängigkeitsverhältnis. Ein Verein in Frankfurt a. M. verlangt reichsgerichtliche Regelung, ein Reichsgesetz solle bestimmen, wie die Wohnungen gebaut werden und wie viel Menschen darin wohnen können. Eine Ueberschreitung der Zahl der Wohnenden soll an dem Besitzer geahndet werden.

Das Mietrecht hat auf alle derartigen Verhältnisse keinen Einfluß, eine Besserung der Wohnverhältnisse ist von ihm nicht zu erwarten. Das Mietrecht setzt erst ein, wenn

Mieter und Vermieter einen Vertrag schließen, d. h. über Wohnung und Preis einig sind. Immerhin aber ist für den Mieter das Mietrecht nicht gleichgültig. Auf Grund desselben konnte sich in großen Städten das Haus-pachtum und die Mietklaverei entwickeln, die die ungünstigen Wohnungsverhältnisse noch verschlimmern. Auf Grund des bestehenden Mietrechts konnte der Vermieter im Mietvertrage sich Rechte und dem Mieter nur Pflichten auferlegen. Mitunter sind ganz rigorose Bestimmungen bezüglich des Besuchs, den der Mieter empfängt, bezüglich des Hauschlüssels usw. Versündigt sich der Mieter, so muß er aus der Wohnung, aber doch für die Dauer der Mietzeit die Miete entrichten.

Welche Forderung können wir nun an das Mietrecht stellen? Wir können verlangen, daß das Gesetz Bestimmungen trifft, die auch den Interessen des Arbeiters als Mieter gerecht werden und daß es eine Aufhebung dieser Bestimmungen durch Verträge untersagt, für ungültig erklärt. Sehen wir uns von diesem Standpunkte aus die neuen Bestimmungen an:

1. Für die Form des Vertrages, der bisher stets mündlich geschlossen werden konnte, ist jetzt Schriftlichkeit vorgeschrieben bei Verträgen, die länger als 1 Jahr dauern sollen.

2. Die Dauer der Mietzeit wird durch den Vertrag bestimmt. Ist ein Vertrag für länger als ein Jahr mündlich geschlossen worden, so kann er nach Ablauf eines Jahres beiderseits gegenseitig gekündigt werden; ein auf unbestimmte Zeit geschlossener Vertrag kann jeder Zeit gegenseitig gekündigt werden.

Die gesetzlichen Kündigungsfristen werden wesentlich geändert. Künftig kann am dritten jedes Quartals zum nächsten Quartal, und wenn der Mietzins nach Monaten berechnet ist, am 15. jeden Monats zum nächsten ersten gekündigt werden. Diese Änderung tritt aber nur für den Fall ein, daß im Mietvertrag nichts anderes vereinbart ist.

Bisher ging der Mietvertrag auch auf die Erben über, z. B. auf Frau und Kinder. Jetzt ist hierin eine wesentliche Änderung eingetreten. Im Falle des Todes des Mieters können die Rechtsnachfolger jetzt aufs nächste Quartal kündigen; ebenso Beamte, wenn sie versetzt werden. Dies ist also eine Besserstellung.

Nun zu den Rechten und Pflichten von Vermieter und Mieter.

Der Vermieter hat die Pflicht, dem Mieter die Wohnung rechtzeitig in ordnungsmäßigem Zustande zu übergeben und sie während der Mietdauer so zu erhalten. Beim Beginn der Mietzeit, dem Einzugsstage, muß die Wohnung frei sein. Ein geringes Versäumnis, z. B. zwei Stunden über Mittag hinaus, soll dabei allerdings nicht in Betracht kommen. Dagegen muß der Vermieter für allen Schaden aufkommen, wenn er sich erheblich verspätet bei der Uebergabe der Wohnung. Der Mieter hat dann eine kurze Frist zu stellen, nach deren Ablauf er von der Wohnung Abstand nehmen und Ersatz aller Unkosten fordern kann. Der ordnungsgemäße Zustand ist nicht vorhanden, wenn z. B. die Decken einzustürzen drohen oder die Wohnung feucht oder mit Ungeziefer behaftet ist; in solchem Falle ist es ebenso, als wenn der Vermieter die Wohnung überhaupt nicht geliefert hätte. (Sicherer aber geht der Mieter, wenn er die Wohnung nur unter der Bedingung mietet, daß sie trocken und frei von Ungeziefer sei.) Ist die Wohnung bewohnbar, das Wohnen aber erschwert durch Mängel, dann muß der Mieter, wenn auf gutlichem Wege nichts vereinbart wird, klagen, daß der Mietpreis herabgesetzt wird. Kleine Mängel an der Wohnung, z. B. schlechter Fußboden, fehlende Schlüssel etc., muß man dem Vermieter melden, eventuell auf Kosten des Vermieters abstellen lassen. Um seine Rechte auf Grund der Mängel der Wohnung geltend machen zu können, muß sie der Mieter sofort rügen.

Hat der Mieter aus grober Fahrlässigkeit Mängel nicht entdeckt oder übersieht er stillschweigend diese Mängel, so kann er später keine Rechte mehr geltend machen. Vorhandene Mängel müssen also dem Vermieter sofort angezeigt werden, man muß ihm sagen: das und das muß gemacht werden. Jetzt sind die gedruckten Mietverträge gewöhnlich derart aufgestellt, daß der Mieter auf alle Einrede wegen mangelhafter Beschaffenheit der Wohnung, sowie auf alle Schadenersatzansprüche wegen etwa bestehender oder entstehender Mängel verzichtet. Diese Art von Abfassung der Verträge ist aber auch nach der Einführung des neuen Gesetzes noch zulässig bis auf zwei (im Königreich Sachsen übrigens bereits bestehende) Ausnahmen: 1. Wenn der Vermieter die Mängel der Wohnung dem Mieter gegenüber arglistig verschwiegen hat, dann ist eine Vereinbarung, durch welche die Verpflichtung des Vermieters beschränkt oder aufgehoben wird, nichtig, der Mieter kann vom Vertrag zurücktreten. 2. Dasselbe ist der Fall, wenn die Mängel der Wohnung gesundheitsgefährlicher Natur sind, so daß die Benutzung der Wohnung mit einer erheblichen Gefährdung der Gesundheit verbunden ist. In diesem Falle kann der Mieter das Mietverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist lösen, auch wenn er die gefahrbringende Beschaffenheit bei dem Abschluß des Vertrages gekannt oder auf die Geltendmachung der ihm wegen dieser Beschaffenheit zustehenden Rechte verzichtet hat.

Was den baulichen Zustand der Wohnung betrifft, so muß der Vermieter dafür aufkommen; er muß die Sache in Stand setzen lassen, auch in dem Falle, daß die Wohnung, z. B. Wände und Decken, durch den vertragsmäßigen Gebrauch abgenutzt oder schadhast werden.

Wie kommen nun zu den Pflichten des Mieters oder den Rechten des Vermieters. Der Mieter ist verpflichtet, entstandene Mängel anzuzeigen; thut er das nicht, und es erwächst daraus dem Vermieter ein Schaden, so ist der Mieter schadenersatzpflichtig. Was die Zahlung der Miete betrifft, so konnte der Hausherr bisher, wenn die Miete am bestimmten Termin nicht bezahlt war, gegen den Mieter auf Räumung der Wohnung klagen. Nach dem in einigen Distrikten Deutschlands bestehenden früheren Rechte mußte der Mieter

in diesem Falle die Wohnung räumen und war doch noch für die Dauer des Mietvertrages verpflichtet, die Miete zu zahlen. Jetzt aber müssen zwei Mietzinstermine verstrichen sein, wenn der Vermieter den Mieter aussetzen will, auch kann er dann für die Zeit nach der Räumung keine Miete mehr verlangen. Jedoch kann auch hier der bisherige Zustand durch Vertrag aufrecht erhalten werden. Auch die Sicherung für den Mietzins ist herabgesetzt. Heute ist für den Mietzins in manchen Teilen Deutschlands alles haftbar, sogar die Sachen Dritter, deren Eigentumsrecht beim Hausherrn nicht gemeldet war. In Zukunft haften für die Miete nur die pfändbaren Sachen des Mieters. Dagegen hat der Vermieter nach dem neuen Gesetz das Recht, den Mieter mit starker Hand am Ausrücken zu hindern. Der Mieter kann aber andererseits jedes für die Miete gepfändete Stück nach seiner Wahl frei machen, wenn er dessen Wert hinterlegt.

Bis auf die zwei angegebenen Ausnahmen (im Falle arglistigen Verschweigens von Mängeln und Gesundheitsgefährlichkeit der Wohnung) können aber durch den Mietvertrag alle Verbesserungen des Gesetzes außer Kraft gesetzt werden. Und wir haben ja gestern nachgewiesen, wie sehr das Hausagrarientum die Situation ausgenutzt hat. Das ist der Vorwurf, den wir dem neuen Gesetze machen müssen, unjomehr, als die Gefahr, daß solches eintritt, gerade beim Arbeiter sehr nahe liegt. Die Arbeiter werden deshalb mit den Koalitionen der Hausbesitzer schwer darum zu kämpfen haben, daß die Bestimmungen des neuen Gesetzes auf ihre Mietverträge in Zukunft auch wirklich Anwendung finden.

Zu dem von den seitens der Hausagrarier aufgestellten einseitigen Mietvertrag schreibt die Freisinnige Zeitung: Es ist auch nicht eins der Rechte übrig geblieben, welche das Bürgerliche Gesetzbuch dem Mieter giebt; auf jedes Recht muß der Mieter verzichten, nur nicht auf das Recht, Miete zu zahlen. Von den Pflichten der Hausbesitzer ist aber auch nicht viel übrig geblieben, denn der Hausbesitzer übernimmt nicht einmal die Pflicht, die Wohnung unter allen Umständen gebrauchsfähig dem Mieter zu liefern. Das Bürgerliche Gesetzbuch befreit die Frau davon, daß ihre Habseligkeiten ohne weiteres für die Verpflichtungen des Mannes mithaften. Die Hausbesitzer erkennen diese Fortbildung des Rechtes nicht an, sie verlangen die Mitunterschrift der Frau unter den Mietverträge, die damit zur Mitmieterin wird und im Falle des Todes oder der Besetzung des Ehemannes das Recht verliert, den Vertrag vorzeitig zu kündigen. Eine Ehefrau, deren Mann z. B. ein großes kostspieliges Geschäftskontor gemietet hat, kann bei ihrer Mitunterschrift vom Kontrakt nicht loskommen, sie muß ihn innehalten, auch wenn sie gar nicht im stande ist, das Geschäft des Mannes weiter zu führen. Die Aufrechnung von Forderungen des Mieters gegen Forderungen des Hausbesizers soll ausgeschlossen werden; die Miete muß prompt voraus bezahlt werden; auch wenn der Mieter als Schneider, Schuster etc. von dem Hausbesitzer Geld zu fordern hat, darf er es nach dem neuesten Vertragsformulare nicht abziehen von der Miete. Wenn die Wohnung unbrauchbar wird, so ist der Hausbesitzer nicht verpflichtet, den ordnungsmäßigen Zustand wieder herzustellen, der Mieter darf für diese Beeinträchtigung seines Wohnungrechtes keine Entschädigung verlangen, er darf auch daraus keinen Grund zur Kündigung vor dem Ablauf des Vertrages oder gar zur Kürzung der Miete ableiten. Wenn die Mieter sich diesen Forderungen der Hausbesitzer unterwerfen, dann sind sie ihrer gesetzlichen Rechte beraubt, sowohl derer, welche schon länger bestehen, als auch derer, welche das neue Bürgerliche Gesetzbuch ihnen erst gebracht hat. Ob die Hausbesitzer mit ihren Forderungen durchdringen, wird von der Geduld der Mieter abhängen. Jedenfalls muß man von jetzt ab jeden von einem Hausbesitzer vorgelegten Vertrag genau prüfen, um nicht rechtlos gemacht zu werden, indem man unbedacht einen Vertrag unterschreibt, den man nicht geprüft hat.

Vermischte Nachrichten.

Nach dem Jahresbericht der französischen Gesellschaft der dramatischen Autoren und Komponisten wurden im Theaterjahre 1898—1899 im ganzen 199 Novitäten aller Arten an Pariser Theatern herausgebracht. Auf die 32 Pariser Theater, die in Betracht kommen, verteilen sich viele, um nur die wichtigsten zu nennen, folgendermaßen: Opera 2, Comedie Francaise 6, Opera-Comique 3, Odeon 20, Boulevard 4, Varietes 8, Gymnase 8, Palais Royal 7, Renaissance 5, Ambigu 4, Cluny 9, Theatre Dejazet 6, Theatre Antoine 14, Nouveau-Theatre 9 und La Bodiniere 37.

Ein interessantes Experiment hat Geh. Rat Professor Rubner, der Direktor des hygienischen Instituts, angestellt. Er bestimmte die Menge des durch die Atmung ausgeschiedenen Wasserdampfes mittels eines nach dem Kopf umschließenden Respiationsapparates und stellte sie für die mittlere Wärme und Feuchtigkeit unserer Wohnräume bei ruhiger Atmung zu 17 Gramm, bei tiefer Atmung zu 19, beim Lesen zu 28 und beim Singen zu 34 Gramm fest. Allerdings ist hierin auch der auf die Kopfhaut entfallende Anteil an der Wasserdampf-Ausscheidung mit enthalten; er ist aber unter den gewählten Versuchsbedingungen verschwindend gering.

Medaillons, in die statt Photographien natürlich Blumen gethan werden, sind, nach einer Mitteilung des Praktischen Wegweisers, Würzburg, jetzt in Amerika in Mode. Sie sind denen, in welchen vierblättrige Kleeblätter aufbewahrt werden, sehr ähnlich und werden an den langen Ceylanfäden um den Hals getragen.

Kleine Chronik.

Durch Abfüllen eines Teiles des Gesimses am Seminarbau in Frankfurt wurden zwei Maurer getötet und ein Arbeiter schwer verletzt.

*) Aus einem Vortrage unseres Parteigenossen Lande, Rechtsanwalt in Wiesfeld-Barmen.

